

Standort-Check 2024

Steigender Handlungsbedarf

Analyse des Wirtschaftsstandortes Österreich anhand ausgewählter Schlüsselindikatoren



Inhaltsverzeichnis

1	Der Standort-Check 2024	3
2	Das europäische und internationale Umfeld	6
3	Ergebnisse für Österreich auf einen Blick	7
4	Standort-Check Österreich: Ergebnisse im Detail	11
	Inflation	12
	Inflationsrate	13
	Inflationsdifferenzial zum Eurozonenschnitt	14
	Wohlstand	15
	BIP pro Kopf	16
	BIP-Wachstum	17
	Potenzialwachstum	18
	Inlandsnachfrage	19
	Wettbewerbsfähigkeit	20
	Investitionen	21
	Exporte	22
	Lohnstückkosten	23
	F&E-Quote	24
	Arbeitsmarkt	25
	Arbeitslosenrate	26
	Beschäftigung	27
	Beschäftigungsquote	28
	Arbeitsproduktivität	29
	Öffentliche Finanzen	30
	Öffentliche Verschuldung	31
	Pro-Kopf-Schulden	32
	Zinslast	33
	Strukturelles Defizit	34
5	Zusammenfassung und Bewertung	35

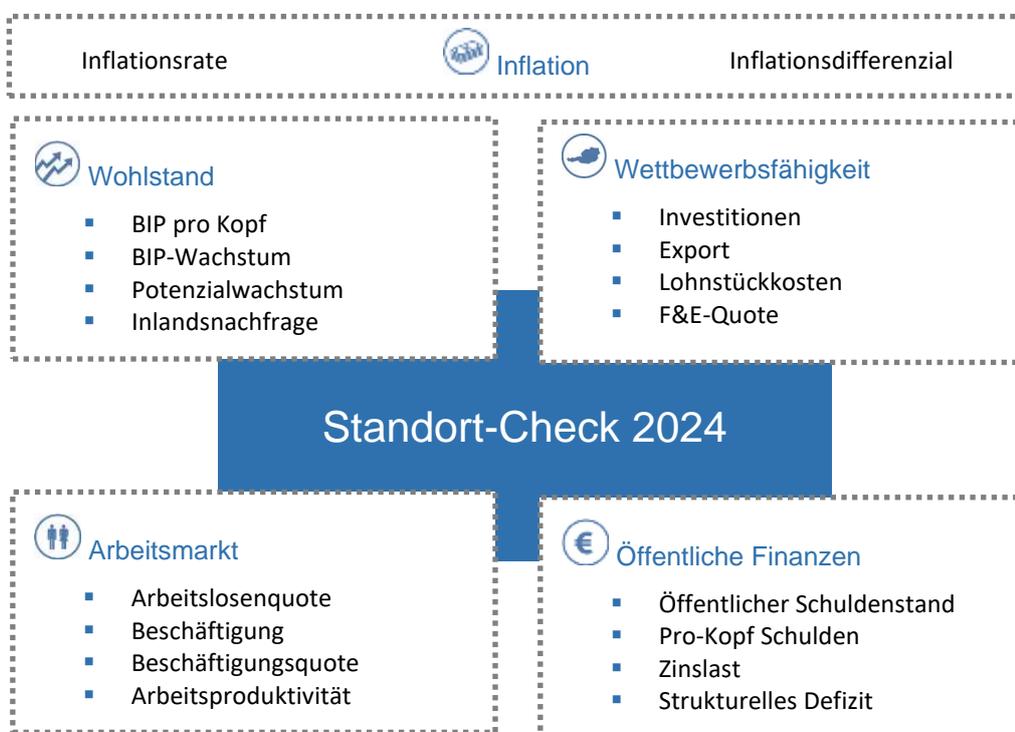
1 Der Standort-Check 2024

Der Standort-Check der WKÖ gibt einen Überblick über **18 makroökonomische Schlüsselindikatoren** für Österreich und stellt einen Vergleich mit anderen Staaten der Europäischen Union (EU) insbesondere für das Jahr 2024 her. Zugrunde gelegt werden Daten und Prognosen der Europäischen Kommission (EK)¹.

Der Standort-Check ist ein Vergleich von 18 makroökonomischen Schlüsselindikatoren für die Länder der EU

Die Indikatoren sind in die Bereiche **Wohlstand, Wettbewerbsfähigkeit, Arbeitsmarkt und öffentliche Finanzen** gruppiert und enthalten sowohl Quoten als auch Wachstumsraten. Obwohl sich die dynamische Preisentwicklung der letzten Jahre im EU-Schnitt wieder dem Referenzwert der EZB annähert, werden aufgrund starker länderweiser Schwankungen auch im heurigen Standort-Check die **Inflationskennzahlen** näher betrachtet. Wengleich bei manchen Indikatoren eine differenziertere Betrachtung notwendig ist, lassen sich die Stärken und Schwächen Österreichs im Vergleich zu anderen EU-Ländern sowie gewisse Trends im Zeitverlauf erkennen. Ziel ist eine quantitative, übersichtliche Darstellung der österreichischen Position innerhalb der EU.

Vier für den Standort relevante Bereiche unter Berücksichtigung der weiterhin relevanten Inflationsthematik



2023 hatte Österreich weiterhin mit den negativen Effekten der Energiepreiskrise 2022 sowie den globalen wirtschaftlichen und geopolitischen Entwicklungen zu kämpfen und fiel letztendlich in eine Rezession. Für 2024 wird von einer Stagnationsphase mit einem geringfügigen Wirtschaftswachstum ausgegangen. Vorlaufindikatoren deuten darauf hin, dass die heimische Industrie die Talsohle im Laufe des Jahres überwinden könnte. **Dennoch entwickeln sich in Österreich rund zwei Drittel der betrachteten volkswirtschaftliche Indikatoren schwächer als im EU-27-Schnitt**, was eine Verschlechterung gegenüber dem Vorjahr darstellt. Eine **Verbesserung des Standorts im EU-Vergleich** ist somit heuer – auch aufgrund der bisherigen und weiterhin überdurchschnittlich hohen Inflation – **nicht zu erwarten**.

2024 keine Verbesserung des Standorts: Schwaches Wirtschaftswachstum, weiterhin überdurchschnittliche Inflation

¹ Annual Macro-Economic Database (AMECO), Europäische Kommission, Mai 2024. Da die Ergebnisse jeder Prognose rückwirkend revidiert werden, ist ein direkter Vergleich mit vorangegangenen Standort-Checks nicht möglich.

Inflation

Die Inflation bleibt weiterhin deutlich über dem EZB-Zielwert und sinkt nicht so schnell wie in anderen Mitgliedstaaten. Der Schwerpunkt der Inflationsentwicklung verschob sich 2023 weg von Energiepreisen hin zu den von der Kerninflation umfassten Bereiche des Warenkorb. Diese Entwicklung hält 2024 an, wobei insbesondere arbeitsintensive Dienstleistungen dynamische Preisentwicklungen aufweisen. Das Preisstabilitätsziel von rund 2 % soll laut WIFO erst ab 2027 erreicht werden. Die aktuell und in der Vergangenheit höheren heimischen Inflationsraten im Vergleich zum Eurozonen- und EU-27-Schnitt lassen die preisliche Wettbewerbsfähigkeit konstant erodieren und stellen eine Gefahr für die künftige Attraktivität des Wirtschaftsstandortes dar.

Die fünfthöchste Inflationsrate in der EU und konstant höhere Teuerungsraten als im Eurozonen- und EU-27-Schnitt belasten den Standort

Wohlstand

Österreichs Wirtschaft stagniert nach der letztjährigen Rezession. Das prognostizierte geringfügige Wirtschaftswachstum für 2024 ist im EU-Vergleich deutlich unterdurchschnittlich. Beim Wohlstandniveau liegt das Land im europäischen Vergleich weiterhin in den Top-5. Die Inlandsnachfrage entwickelt sich im EU-Ländervergleich am schwächsten, lediglich vom privaten Konsum gehen nennenswerte Wachstumseffekte aus. Auch das Potenzialwachstum liegt wie 2023 unter dem europäischen Schnitt im hinteren Drittel aller EU-Länder.

Österreich erreicht im EU-Vergleich nur den mageren Rang 23 beim BIP-Wachstum

Wettbewerbsfähigkeit

Weitere Verschlechterungen gegenüber 2023. Während die Bruttoinvestitionen im EU-Schnitt leicht zulegen, kommt es in Österreich heuer zum dritten Mal in Folge zu einer Reduktion. Dies ist kritisch, da es vor allem (Neu-)Investitionen sind, welche die künftige Produktivität positiv beeinflussen. Die heimischen Lohnstückkosten steigen im europäischen Vergleich auch 2024 überdurchschnittlich und liegen an fünfthöchster Stelle in der EU. Dadurch verliert Österreich (wie auch in den Perioden 2013 bis 2017 und 2018 bis 2022) an preislicher Wettbewerbsfähigkeit. Nach dem Rückgang der Exporte im vergangenen Jahr steigen diese heuer zwar stärker als der Eurozonen-, jedoch geringer als der EU-27-Schnitt. Letztendlich reicht es im EU-Vergleich auch in diesem Bereich lediglich für einen Platz im hinteren Mittelfeld. Ein Lichtblick sind die Ausgaben für Forschung und Entwicklung: Die heimische F&E-Quote liegt 2024 in den TOP-3 der EU-Länder.

Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit verschlechtert sich weiter. Investitionen erholen sich nicht, die Exportentwicklung bleibt im hinteren Mittelfeld. Lichtblick sind die hohen F&E-Ausgaben

Arbeitsmarkt

Weiterhin gutes Mittelmaß. Österreichs Arbeitslosenrate ist 2024 weiterhin unterdurchschnittlich hoch und unter den Top-10 der EU-Länder. Die Beschäftigung steigt 2024, jedoch nicht so stark wie im Eurozonen- und EU-27-Schnitt. Gleiches gilt für die Beschäftigungsquote. Seit der Periode 2013 bis 2017 ist erkennbar, dass EU-Länder in der Ausschöpfung ihrer Arbeitskräftepotenziale im Schnitt größere Fortschritte machen als Österreich. Nach der Verschlechterung im Jahr 2023 sinkt die heimische Arbeitsproduktivität – im Gegensatz zum Durchschnitt der EU-27 – auch 2024. In diesem Bereich konnten die EU-Mitgliedstaaten bereits in den Perioden 2013 bis 2017 sowie 2018 bis 2022 bessere Entwicklungen realisieren als Österreich.

Die Arbeitslosenquote bleibt weiterhin unter dem EU-Schnitt und in den Top-10. Andere EU-Länder machen schnellere Fortschritte bei der Ausschöpfung des Arbeitskräftepotenzials. Gleiches gilt für die Arbeitsproduktivität



Staatsschuldenquote und Defizit stagnieren auf hohem Niveau. In Relation zum Vorkrisenjahr 2019 ist die Staatsschuldenquote 2024 um rund 7 Prozentpunkte höher, liegt bei nicht ganz 78 % des BIP und stagniert – ebenso wie das strukturelle Defizit – gegenüber dem Vorjahr auf relativ hohem Niveau. Zwar befindet sich Österreichs Schuldenstand unter dem EU-Schnitt, es liegt jedoch deutlich über der Maastricht-Grenze von 60 % des BIP. Beim Schuldenstand pro Kopf befindet sich Österreich 2024 auf Rang 24 der 27 EU-Staaten. Die Kosten der Zinslast sind im EU-Vergleich aufgrund der guten Bonitätseinschätzung Österreichs unterdurchschnittlich hoch, werden jedoch auch aufgrund des Endes der Niedrigzinspolitik mittelfristig weiter ansteigen. Demografischer Wandel und Investitionsnotwendigkeiten im Zusammenhang mit der ökologischen und digitalen Transformation machen Strukturreformen unumgänglich, um auch künftig nachhaltige öffentliche Finanzen sicherzustellen.

Staatsschuldenquote und strukturelles Defizit stagnieren auf relativ hohem Niveau, Strukturreformen sind notwendiger denn je

2 Das europäische und internationale Umfeld

Nach einer Phase der Stagnation hat sich die Wirtschaft in der **EU** zu Beginn des heurigen Jahres wieder erholt. Für das Gesamtjahr 2024 wird für die EU-27 und den Euroraum ein BIP-Wachstum von 1 % bzw. 0,8 % erwartet. Wachstumsfördernd wirkt laut EK die rückläufige Inflation. Impulse werden außerdem von steigenden Reallöhnen erwartet, die den privaten Konsum stärken sollen. Die Investitionsentwicklung bleibt jedoch weiterhin verhalten. Risiken bestehen insbesondere durch geopolitische Konflikte.

Mit 1 % wächst die europäische Wirtschaft 2024 nach kurzer Stagnationsphase wieder

2024 wird die Inflation in der EU – ähnlich wie im Vorjahr – schneller sinken als in vergangenen Prognosen vorhergesagt. Zwar kann heuer durch das Auslaufen energiepolitischer Maßnahmen in den Mitgliedstaaten und durch Basiseffekte eine gewisse Volatilität entstehen, ohne jedoch den Abwärtstrend zu unterbrechen (EK). Laut EK wird 2024 in der EU-27 und dem Euroraum die Inflation auf 2,7 % bzw. 2,5 % sinken (2023: 6,4 % bzw. 6 %) und sich 2025 dem EZB-Ziel von rund 2 % nähern. Eine erste Leitzinssenkung (von 4,5 % auf 4,25 %) wurde von der EZB bereits durchgeführt. Auch die Inflationsdifferenziale innerhalb der EU werden sich gemäß EK weiter verringern und hauptsächlich von den Kernkomponenten des Warenkorb (insbesondere Dienstleistungen) bestimmt.

2024 sinken die Inflationsraten in der EU stärker als in der Vergangenheit prognostiziert. Eine erste Leitzinssenkung wurde von der EZB bereits durchgeführt

In den **USA** wuchs die Wirtschaft 2023 stärker als erwartet. Laut Wifo wird die Wirtschaft in den USA auch 2024 auf Expansionskurs bleiben. Zwar dürften die Zuwächse etwas geringer ausfallen, eine deutliche Verlangsamung der Konjunktur zeichnet sich jedoch nicht ab. Die USA profitieren weiterhin von der Verlagerung der europäischen Energienachfrage und energieintensiver Produktionsprozesse (Wifo). Investitions- und somit konjunkturstützend wirken ungebrochen die u.a. durch den „Inflation Reduction Act“ ausgelösten fiskalpolitischen Impulse (Wifo). Die FED dürfte zudem noch vor dem Sommer eine etappenweise Leitzinssenkung einläuten. In Summe geht die EK für die USA von einem deutlich über dem EU-27- und Eurozonenschnitt liegenden BIP-Wachstum von 2,4 % im Jahr 2024 aus.

Im Vergleich zur EU deutlich höheres BIP-Wachstum in den USA, unterstützt durch Verlagerungsprozesse, fiskalpolitische Impulse und antizipierten Leitzinssenkungen

In **China** erholte sich die Wirtschaft im Jahr 2023 aufgrund des Auslaufens der COVID-19-Maßnahmen und gezielter fiskalischer Impulse in der zweiten Jahreshälfte. Für 2024 wird von der EK erwartet, dass das Wirtschaftswachstum sowohl von der Binnennachfrage als auch von den Nettoexporten getragen wird, wobei der Konsum – unterstützt durch stabile Einkommenszuwächse – den größten Wachstumsbeitrag leisten wird. Investitionen dürften bis 2024 gedämpft bleiben. Die EK prognostiziert für 2024 ein chinesisches Wirtschaftswachstum von 4,8 %. Die Immobilienkrise und weitere Unsicherheiten stellen Risikofaktoren dar.

Mit 4,8 % Wirtschaftswachstum 2024 wird das Regierungsziel von rund 5 % erreicht werden. Immobilienkrise als Risikofaktor

Die **Eurozone** hat ein höheres Wohlstandsniveau als die EU-27. Grundsätzlich schreiten die anstehenden Anpassungsprozesse in der EU voran, jedoch langsam und uneinheitlich. Durch die konsequente Umsetzung strategischer Maßnahmen im Zuge der „Next Generation EU“ und des „European Green Deal“ können hochwertige **Investitionen in Zukunftsbranchen** und -technologien gesteigert, die Abhängigkeit der europäischen Wirtschaft von anderen Weltregionen in Schlüsseltechnologien reduziert sowie Reformen zur Verbesserung des Produktivitätswachstums und der institutionellen Qualität umgesetzt werden. Zukunftsinvestitionen sind essenziell, um den ökologischen und digitalen Transformationsprozess zu bewerkstelligen, künftiges Wachstum zu sichern, hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen und die innerhalb der EU notwendigen Anpassungsprozesse zu unterstützen. Darüber hinaus sind konsequente Strukturreformen erforderlich, um einerseits einen Rahmen zu schaffen, in dem produktiv gewirtschaftet werden kann und um andererseits – trotz hohem Investitionsbedarf – nachhaltige öffentliche Finanzen garantieren zu können.

Anpassungsprozesse in der EU schreiten langsam voran. Es braucht die konsequente Umsetzung von Maßnahmen, die die digitale und ökologische Transformation ermöglichen und nachhaltige Finanzen garantieren

3 Ergebnisse für Österreich auf einen Blick

Nachdem das reale BIP zu Beginn des Vorjahres noch leicht zulegen konnte, ging ab dem zweiten Quartal die heimische Wirtschaftsleistung merklich zurück. Die Auswirkungen der hohen Inflation in Kombination mit einer Konjunkturschwäche der EU führten auf Jahressicht 2023 zu einer Rezession. Weder von der Inlandsnachfrage noch vom Außenhandel gingen positive Wachstumseffekte aus, wobei insbesondere die Investitionen u.a. aufgrund hoher Zinssätze sanken.

Nach leichtem Wachstum im ersten Quartal 2023 kam es zu einem Einbruch der wirtschaftlichen Entwicklung und folglich zu einer Rezession im Vorjahr

2024 erholt sich Österreich, begünstigt durch den internationalen Aufschwung, nur langsam, es wird ein im EU-Vergleich weiterhin unterdurchschnittliches Wirtschaftswachstum von 0,3 % prognostiziert, was de facto einer Stagnation entspricht. Dämpfend auf die BIP-Entwicklung wirkt das nach wie vor sinkende Investitionsniveau. Dennoch gehen von der Inlandsnachfrageentwicklung – getrieben durch den privaten Konsum aufgrund steigender Reallöhne – Wachstumsimpulse aus. Auch die Exportentwicklung stützt die geringfügige BIP-Steigerung. Stark steigende Lohnstückkosten und eine weiterhin merklich über dem EU-Länder-Schnitt liegende heimische Inflationsrate belasten Österreichs Wirtschaft auch 2024. Kommt es in diesen Bereichen nicht zu einer baldigen Entspannung, könnten diese Druckpunkte zur mittelfristigen Belastung werden.

2024 Stagnationsphase mit geringem Wirtschaftswachstum. Weiterhin hohe und über dem EU-Schnitt liegende Lohnstückkostenentwicklung und Inflationsrate

Standort-Check Schlüsselindikatoren für Österreich

	2020	2021	2022	2023	2024*
Inflation, in %	1,4	2,8	8,6	7,7	3,6
Inflationsdifferenzial, in %-Pkt.	1,1	0,2	0,2	2,3	1,1
BIP pro Kopf (Kaufkraftstandards)	37 439	40 013	43 999	46 235	47 697
BIP-Wachstum (real, %-Veränderung ggü. Vorjahr)	-6,6	4,2	4,8	-0,8	0,3
Potenzialwachstum (real, %-Veränderung ggü. Vorjahr)	0,8	1,0	1,1	1,0	0,8
Inlandsnachfrage (real, %-Veränderung ggü. Vorjahr)	-6,1	5,4	2,9	-0,9	0,2
Arbeitslosenquote, in %	6,0	6,2	4,8	5,1	5,3
Beschäftigungswachstum (%-Veränderung ggü. Vorjahr)	-1,6	2,0	2,6	0,9	0,4
Beschäftigungsquote, in %	73,5	74,7	75,9	76,3	76,5
Arbeitsproduktivität pro Erwerbstätige (%-Veränderung ggü. Vorjahr)	-5,1	2,2	2,1	-1,7	-0,1
Investitionen (real, %-Veränderung ggü. Vorjahr)	-5,5	6,1	0,1	-2,4	-2,2
Exportwachstum (Waren & DL, real, %-Veränderung ggü. Vorjahr)	-10,6	9,1	11,2	-0,2	1,2
Nominelle Lohnstückkosten (%-Veränderung ggü. Vorjahr)	7,2	0,7	2,6	9,7	7,2
F&E-Quote (in % des BIP)	3,2	3,3	3,2	n/v	n/v
Staatsschulden (in % des BIP)	82,9	82,5	78,4	77,8	77,7
Staatsschulden pro Kopf in Euro	35 427	37 346	38 739	40 632	42 268
Zinslast (Zinsen für Staatsschulden in % des BIP)	1,3	1,1	0,9	1,2	1,4
Strukturelles Defizit (in % des BIP)	-5,0	-4,5	-4,1	-2,4	-2,5

Quelle: Europäische Kommission, *Prognosewerte.

2024 keine wesentliche Verbesserung in Sicht

- Relativ zum herausfordernden Vorjahr verbessert sich Österreich 2024 zwar bei zwei Drittel der Indikatoren, kann aber großteils weiterhin nicht an die – von der Covid-19-Pandemie (2020/21) und Energiepreiskrise (2022) beeinflussten – Durchschnittswerte der Periode 2018 bis 2022 anschließen.
- Derzeit liegt Österreich **nur mehr bei rund einem Drittel der Indikatoren über dem EU-Schnitt**. Im Standort-Check 2023 war das immerhin noch bei 50 % der Fall. Unterdurchschnittlich performt Österreich mit Ausnahme der öffentlichen Finanzen bei beinahe sämtlichen Indikatoren der Bereiche Inflation, Wohlstand, Arbeitsmarkt und Wettbewerbsfähigkeit.
- Insbesondere bei der Inflationshöhe und dem Inflationsdifferenzial sowie bei den Wohlstandsindikatoren BIP-Wachstum, Potenzialwachstum und der Inlandsnachfrage sowie bei den Wettbewerbsindikatoren Investitions-, Export- und Lohnstückkostenentwicklung liegt Österreich 2024 zum Teil deutlich unter dem EU-Schnitt. Ebenso schwächelt die Produktivitätsentwicklung.
- Der Arbeitsmarkt entwickelt sich im europäischen Vergleich zwar noch robust, hat jedoch auch an Vorsprung eingebüßt.

Österreich verbessert sich bei zwei Drittel der Indikatoren relativ zum Vorjahr, erreicht aber großteils nicht die Durchschnittswerte der Periode 2018 bis 2022 und ist nur mehr bei rund einem Drittel der Indikatoren über dem EU-Schnitt

Vergleichstabelle für 2024

Österreich im Vergleich...	Rang in der EU-27	... zum EU-27 Durchschnitt	...zum Vorjahr	... zur Periode 2018-2022
Inflation				
Inflationsrate	23	↓	↗	↓
Inflationsdifferenzial	23	↓	↗	↓
Wohlstand				
BIP pro Kopf	5	↗	↗	↗
BIP-Wachstum	23	↓	↗	↓
Potenzialwachstum	24	↓	↓	↗
Inlandsnachfrage Veränderungsrate	27	↓	↗	↓
Arbeitsmarkt				
Arbeitslosenrate	10	↗	↓	↗
Erwerbstätige Veränderungsrate	11	↓	↓	↓
Erwerbstätigenquote	14	↗	↗	↗
Produktivität Veränderungsrate	25	↓	↗	↓
Wettbewerbsfähigkeit				
Investitionen Veränderungsrate	27	↓	↗	↓
Exportwachstum	21	↓	↗	↓
Lohnstückkosten Veränderungsrate	23	↓	↗	↓
F&E-Quote*	3	↗	↗	↗
Öffentliche Finanzen				
Staatsschulden in Prozent BIP	20	↗	↗	↗
Schulden pro Kopf	23	↓	↓	↓
Zinslast in Prozent BIP	14	↗	↓	↓
Strukturelles Defizit	15	↗	↓	↗

↗ besser oder gleich
↓ schlechter

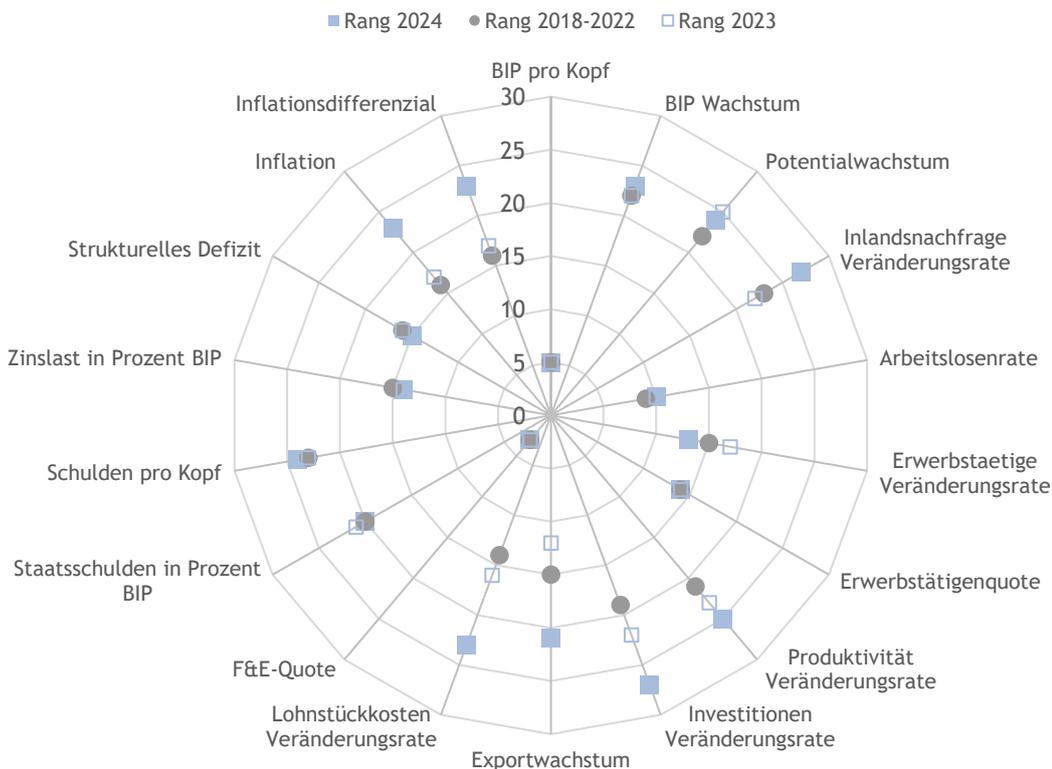
Quelle: Europäische Kommission, eigene Berechnungen
*Werte aus dem Jahr 2022

Österreich im EU-Vergleich

- Österreich belegt 2024 im direkten Vergleich mit den 26 anderen EU-Staaten **drei Plätze in den Top 10**, nämlich beim **BIP-Pro-Kopf, der F&E-Quote und bei der Arbeitslosenrate**. Dies ist einerseits eine leichte Verbesserung gegenüber dem Standort-Check 2023, als es nur zwei Top 10-Plätze waren. Zum Standort-Check 2020, als Österreich noch bei fünf Indikatoren zu den besten zehn Ländern innerhalb der EU gehörte, ist jedoch noch Luft nach oben.
- Die **schlechtesten Ränge** im EU-Vergleich erzielt Österreich 2024 beim Investitionswachstum, der Inlandsnachfrageveränderung, der Produktivitätsentwicklung, beim BIP- und Potenzialwachstum, bei der Inflation und dem Inflationsdifferenzial sowie bei den Staatsschulden und der Pro-Kopf-Verschuldung. Bei diesen Indikatoren liegt Österreich jeweils auf Rang 20 oder schlechter.
- Relativ zur Durchschnittsplatzierung der Periode 2018 bis 2022 verschlechtert sich Österreich 2024 bei elf Indikatoren und verbessert sich lediglich bei drei Indikatoren. Die **größten Verschlechterungen** erfolgen bei der Lohnstückkostenentwicklung (-9 Ränge), den Investitionen (-8 Ränge), der Inflationsrate und dem Inflationsdifferenzial (-7 Ränge) sowie dem Exportwachstum (-6 Ränge). **Verbesserungen** sind beim Erwerbstätigenwachstum (+2 Ränge), bei der Zinslast in Prozent des BIP (+1 Rang) und dem strukturellen Defizit (+1 Rang) ersichtlich.

2024 erreicht Österreich drei Top-10-Platzierungen, bei elf Indikatoren jedoch bestenfalls Rang 20. Am stärksten rutscht Österreich bei der Lohnstückkosten-, Investitions-, und Inflationsentwicklung ab

Österreichs Rang im EU-Vergleich



Rang 2024: Auf Basis aktueller Prognosen für 2024

Rang 2018-2022, Rang 2013-2017: Auf Basis der Reihung nach Durchschnittswerten der jeweiligen Periode

*F&E-Quote: Daten für 2022 bzw. 2021

Quelle: Europäische Kommission

Übersicht: Standort-Check Schlüsselindikatoren - Werte für 2024

	BIP-Wachstum	BIP/Kopf	Inlandsnachfrage	Arbeitslosenquote	Beschäftigungsquote	Beschäftigung	Produktivität	Lohnstückst.	Exportwachstum	Investitionen	F&E-Quote*	Staats-schulden	Pro-Kopf-Schulden	Zinslast	Struktur-Defizit	Inflation
	Real, ggü. Vorjahr in %	in Kaufkraftstandards	Veränderung ggü. Vorjahr in %	in %	Anteil Besch. an 15 – 64 J.	Veränderung ggü. Vorjahr in %					in % des BIP		in Euro	in % des BIP	in % des BIP	in %
EU	1,0	39 191	1,1	6,1	75,3	0,6	0,5	4,3	1,4	0,3	2,24	82,9	32 495	1,8	-2,7	2,7
EZ	0,8	40 609	0,9	6,6	75,7	0,7	0,1	4,1	0,9	0,1	2,27	90,0	38 208	1,9	-2,7	2,5
BE	1,3	46 161	1,4	5,6	69,7	0,4	0,8	2,6	-0,7	1,4	3,43	105,0	53 999	2,2	-4,0	4,0
BG	1,9	25 447	3,0	4,3	80,5	-0,4	2,4	7,9	1,5	3,5	0,77	24,8	3 835	0,5	-2,8	3,1
CZ	1,2	35 606	2,4	2,8	78,9	0,2	1,0	6,3	2,8	3,0	1,96	45,2	12 754	1,4	-1,5	2,5
DK	2,6	50 558	1,0	5,6	83,4	-0,2	2,8	2,4	9,8	-1,9	2,89	26,5	17 370	0,5	2,4	2,0
DE	0,1	44 574	0,4	3,1	85,5	0,4	-0,2	5,2	-1,0	-1,0	3,13	62,9	31 706	0,9	-0,9	2,4
EE	-0,5	31 278	0,8	7,4	81,5	-0,5	0,0	5,5	-2,0	-1,7	1,78	21,4	6 054	0,5	-0,7	3,4
IE	1,2	81 919	1,8	4,4	77,2	1,6	-0,3	4,8	2,5	1,5	0,96	42,5	41 430	0,7	1,8	1,9
GR	2,2	26 804	2,1	10,3	73,5	0,9	1,2	3,0	4,2	6,7	1,48	153,9	34 015	3,4	-1,7	2,8
ES	2,1	34 788	2,0	11,6	66,7	2,1	0,0	3,9	1,6	1,9	1,44	105,5	33 432	2,5	-3,4	3,1
FR	0,7	39 347	0,7	7,7	73,9	0,2	0,5	2,5	2,4	-0,5	2,18	112,4	47 314	2,0	-5,0	2,5
HR	3,3	30 383	3,8	5,8	73,0	2,0	1,3	8,0	2,6	3,1	1,43	59,5	12 746	1,6	-3,6	3,5
IT	0,9	38 185	0,5	7,5	68,5	0,8	0,2	3,6	2,4	1,3	1,33	138,6	50 583	4,0	-5,0	1,6
CY	2,8	37 401	2,5	5,6	75,6	1,4	1,4	2,5	3,2	3,6	0,77	70,6	23 859	1,4	2,1	2,4
LV	1,7	27 952	2,1	6,5	75,0	0,3	1,4	4,2	-0,4	2,8	0,75	44,5	10 125	1,0	-2,4	1,6
LT	2,0	34 207	2,9	7,0	78,2	0,2	1,8	6,3	2,2	3,8	1,02	38,9	10 158	0,7	-0,8	1,9
LU	1,4	92 560	2,2	5,8	63,6	1,4	0,0	3,5	2,7	0,1	0,98	27,1	33 272	0,4	-0,3	2,3
HU	2,4	30 407	2,7	4,5	76,0	0,1	2,3	9,2	3,0	1,6	1,39	74,3	16 007	4,9	-4,9	4,1
MT	4,6	41 494	4,1	3,0	82,1	4,1	0,4	2,2	4,3	4,5	0,69	52,0	19 424	1,3	-4,2	2,8
NL	0,8	50 682	1,0	3,9	87,5	0,6	0,1	5,7	-0,1	-2,1	2,3	47,1	28 249	0,7	-1,3	2,5
AT	0,3	47 697	0,2	5,3	76,5	0,4	-0,1	7,2	1,2	-2,2	3,2	77,7	42 268	1,4	-2,5	3,6
PL	2,8	31 958	3,6	3,0	69,3	0,0	2,8	7,0	1,7	3,5	1,46	53,7	12 085	2,2	-4,8	4,3
PT	1,7	32 583	2,3	6,5	78,4	1,0	0,7	2,6	2,8	3,9	1,7	95,6	25 659	2,2	0,0	2,3
RO	3,3	31 385	4,9	5,5	71,7	0,6	2,7	8,6	1,8	6,8	0,46	50,9	9 590	2,0	-6,4	5,9
SL	2,3	36 175	3,1	3,7	82,5	0,6	1,7	4,3	2,3	3,8	2,11	68,1	21 343	1,4	-2,7	2,8
SK	2,2	28 902	1,4	5,4	69,8	0,2	2,0	5,7	4,3	1,1	0,98	58,5	13 871	1,3	-5,6	3,1
FI	0,0	41 851	0,3	7,4	79,4	-0,1	0,1	2,5	0,9	0,2	2,95	80,5	40 598	1,2	-1,8	1,4
SE	0,2	45 246	0,3	8,4	79,9	-0,4	0,5	3,6	1,8	-1,4	3,4	32,0	16 966	0,7	0,0	2,0

*Daten für 2022

Quelle: Europäische Kommission

4 Standort-Check Österreich: Ergebnisse im Detail



Inflation

Langsamer Rückgang der Inflation und weiterhin positives Inflationsdifferenzial reduzieren preisliche Wettbewerbsfähigkeit

Inflationsrate

	Österreich	Eurozone	EU-27	Rang in der EU	Niedrigste Inflation ²
2024	3,6	2,5	2,7	23	FI, IT, LV
2023	7,7	5,4	6,4	17	BE, LU, DK
Ø 2018-2022	3,2	2,8	3,2	16	GR, PT, CY
Ø 2013-2017	1,5	0,7	0,7	26	BG, GR, CY

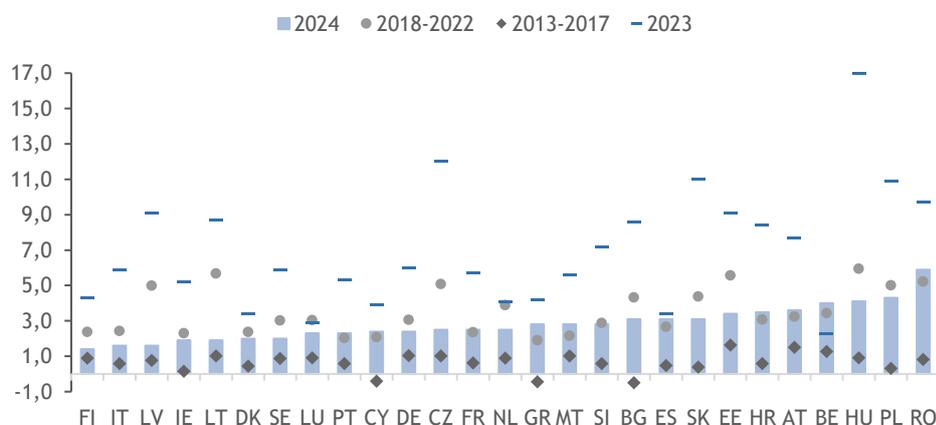
 **Rang 23**

bei der Höhe der Inflationsrate in der EU im Jahr 2024

HVPI, jährliche Inflationsrate in %

Österreich hat 2024 laut EK mit 3,6 % die fünfthöchste Inflationsrate in der EU und liegt damit auf Rang 23. Zwar kommt es zu einer Reduktion verglichen mit dem Vorjahr, jedoch erfolgt diese langsamer als in anderen EU-Ländern, wodurch sich die Platzierung heuer verschlechtert. Österreich liegt sowohl über dem Eurozonen- (+1,1 Prozentpunkte) als auch über dem EU-27-Schnitt (+0,9 Prozentpunkte). Eine Rückkehr zum Preisstabilitätsziel der EZB (Inflationsrate von rund 2 %) wird laut dem Update der WIFO-Mittelfristprognose erst ab 2027 erwartet. Heimische Preistreiber sind insbesondere von der Kerninflation umfasste Bereiche im Warenkorb und hier insbesondere personalkostenintensive Dienstleistungen.

Harmonisierter Verbraucherpreisindex, Veränderung in %



Eine Annäherung an das Preisstabilitätsziel der EZB ist erkennbar, wobei weiterhin eine große Streuung der nationalen Indizes besteht. Die erste Leitzinssenkung dürften für einige Länder zu früh kommen

Quelle: Europäische Kommission

Entwicklung in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten

Die für 2024 prognostizierten Inflationsraten betragen im Eurozonenschnitt 2,5 % und im EU-Schnitt 2,7 %, wobei eine starke Streuung erkennbar ist. Während Finnland, Italien und Lettland mit Inflationsraten von maximal 1,6 % das Preisstabilitätsziel der EZB bereits unterschreiten, liegen neben Österreich die Eurozonenländer Estland, Kroatien oder Belgien mit Inflationsraten von rund 3,5 % oder mehr deutlich darüber. Da sich die EZB u.a. am Eurozonenschnitt (2,5 %) orientiert, könnte die Leitzinssenkung insbesondere für Länder mit hohen Inflationsraten etwas zu früh sein. Die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten.

² Von der EZB wird eine Inflationsrate von rund 2 % angestrebt. Sowohl eine merklich zu hohe als auch zu niedrige Inflationsrate ist für Volkswirtschaften mit negativen Effekten verbunden. Aufgrund der aktuellen Hochzinsphase werden jene Länder mit den aktuell niedrigsten Inflationsraten hervorgehoben.

Inflationsdifferenzial zum Eurozonenschnitt

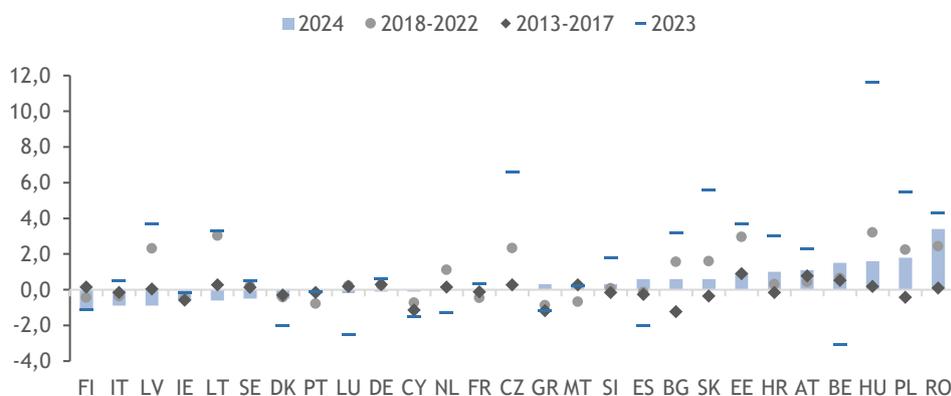
	Österreich	EU-27	Rang in der EU	Niedrigstes Inflationsdifferenzial
2024	1,1	0,2	23	FI, IT, LV
2023	2,3	1,0	17	BE, LU, DK
Ø 2018-2022	0,4	0,4	16	GR, PT, CY
Ø 2013-2017	0,8	0,0	26	BG, GR, CY

 **Rang 23**
beim Inflationsratendifferenzial in der EU im Jahr 2024

HVPI, Abstand zur jährlichen Eurozonen-Inflationsrate in %-Punkte

Das Inflationsdifferenzial misst den Abstand der nationalen Inflationsrate zum Eurozonenschnitt³. Ein konstant positives Inflationsdifferenzial verringert auf Dauer die preisliche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den Eurozonenländern. Zwar reduziert sich heuer das negative Inflationsdifferenzial Österreichs relativ zu 2023 auf 1,1 Prozentpunkte, gleichzeitig erfolgt jedoch eine Rangverschlechterung auf Platz 23 (auf Platz 19 der 20 Eurozonenländer). Somit weisen lediglich vier Mitgliedstaaten (darunter ein Eurozonenland) eine noch höhere Differenz zum Eurozonenschnitt auf. Da Österreich auch in den Perioden 2013 bis 2017 sowie 2018 bis 2022 ein zum Teil hohes positives Inflationsdifferenzial gegenüber dem Eurozonenschnitt hatte, bedeutet einen kontinuierlichen Druck auf die preisliche Wettbewerbsfähigkeit in der letzten Dekade.

Inflationsdifferenzial im Vergleich zur Eurozone, in Prozentpunkten



Insbesondere ost- und süd-östliche EU-Länder hatten in den letzten zehn Jahren ein positives Inflationsdifferenzial, während südliche EU-Länder negative Werte aufwiesen. Deutschlands Inflationsrate entwickelte sich im Eurozonenschnitt

Quelle: Europäische Kommission

Entwicklung in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten

Insbesondere ost- und südosteuropäische Länder wie Rumänien, Polen, Ungarn, Estland oder die Slowakei wiesen in den letzten Jahren ein positives Inflationsdifferenzial gegenüber dem Eurozonenschnitt auf, während in südlichen Mitgliedstaaten wie Zypern, Spanien, Portugal und Griechenland negative Werte vorherrschten. Deutschlands Inflationsrate entwickelte sich in den letzten zehn Jahren in etwa dem Schnitt der Eurozone entsprechend.

³ Das Inflationsdifferenzial wird zum Eurozonenschnitt dargestellt und ist insbesondere für Eurozonenländer aussagekräftig, da diese einer gemeinsamen Geldpolitik unterliegen. Vollständigkeitshalber wurden auch die restlichen Mitgliedstaaten – welche u.a. eine eigene Geldpolitik betreiben und Wechselkursschwankungen ausgesetzt sind – in die Darstellung aufgenommen. Zusammenhänge zwischen Inflationsdifferenzial und der preislichen Wettbewerbsfähigkeit sind für diese Länder jedoch weniger stark ausgeprägt als für Eurozonenländer.



Wohlstand

**Hohes Wohlstandsniveau, Wirtschaftswachstum
2024 merklich unter EU-Schnitt. Schwächste Inlands-
nachfrageentwicklung aller Mitgliedstaaten**

BIP pro Kopf

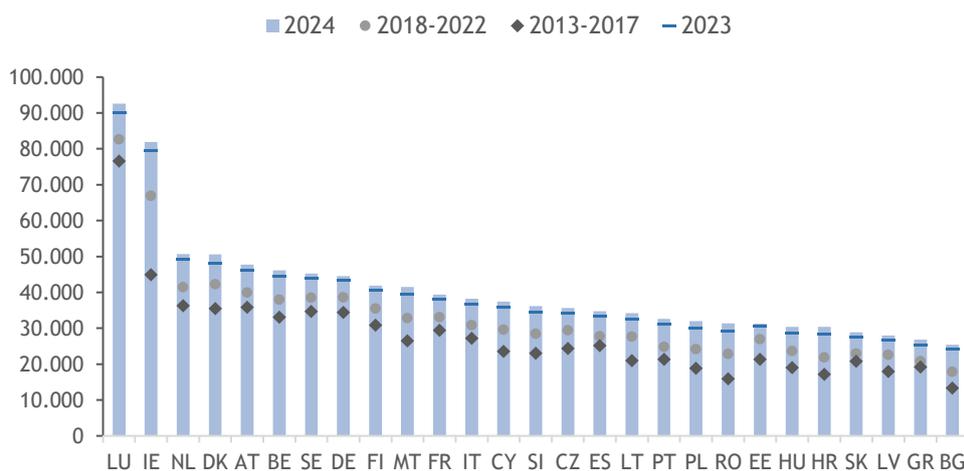
	Österreich	Eurozone	EU-27	Rang in der EU	Top 3
2024	47 697	40 609	39 191	5	LU, IE, NL
2023	46 235	39 147	37 649	5	LU, IE, NL
Ø 2018-2022	39 894	33 555	31 963	5	LU, IE, DK
Ø 2013-2017	35 854	29 475	27 522	4	LU, IE, NL

 **Rang 5**
beim BIP pro Kopf
in der EU im Jahr 2024

BIP pro Kopf in Euro in Kaufkraftstandards (KKS)

Das BIP pro Kopf erlaubt einen Vergleich der Wirtschaftskraft von Ländern unterschiedlicher Größe und lässt annäherungsweise auf das Wohlstandsniveau eines Landes schließen. Österreich schneidet hier im europäischen Vergleich sehr gut ab. Mit einem BIP pro Kopf von 47.697 Euro im Jahr 2024 liegt Österreich EU-weit an 5. Stelle und damit deutlich über dem Durchschnitt der Eurozone und der EU-27. Österreichs BIP pro Kopf kann sich seit Jahren stabil in den Top 5 der EU halten.

BIP pro Kopf in Kaufkraftstandards (KKS), Euro



Irland verzeichnete 2018-2022 in der EU die höchsten Zuwächse im Vergleich zur Periode 2012-2016

Quelle: Europäische Kommission

Entwicklung in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten

EU-Länder mit niedrigerem BIP pro Kopf weisen in der Regel höhere Wachstumsraten auf, die Unterschiede innerhalb der EU bleiben dennoch groß. Der Eurozonen-Schnitt liegt weiterhin über dem EU-27-Schnitt. Sämtliche EU-Länder befinden sich 2024 beim BIP pro Kopf über dem langjährigen, durch die Covid-19- und Energiepreiskrise beeinflussten Durchschnitt von 2018 bis 2022. Im Vergleich zu dieser Vorperiode erreichen Irland (+15.042 Euro), Luxemburg (+9.963 Euro) und die Niederlande (+9.303 Euro) die größten nominellen Zuwächse. Österreichs Anstieg beim BIP pro Kopf gegenüber jenem der Periode 2018 bis 2022 liegt mit +7.803 Euro knapp über dem EU-27- (+7.228 Euro) und dem Eurozonenschnitt (+7.054 Euro).

BIP-Wachstum

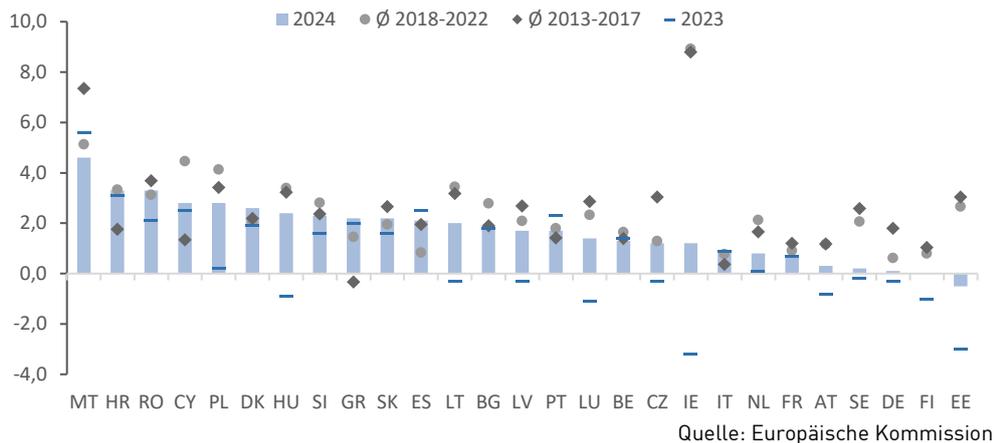
	Österreich	Eurozone	EU-27	Rang in der EU	Top 3
2024	0,3	0,8	1,0	23	MT, HR, RO
2023	-0,8	0,4	0,4	22	MT, HR, CY
Ø 2018-2022	1,2	1,2	1,5	22	IE, MT, CY
Ø 2013-2017	1,2	1,5	1,7	24	IE, MT, RO

 **Rang 23**
beim BIP-Wachstum
in der EU im Jahr 2024

Reales BIP-Wachstum, Veränderung ggü. Vorjahr in %

Nach einer Rezessionsphase im Jahr 2023 stagniert das heimische BIP 2024 laut EK-Schätzung mit +0,3 %. Damit liegt Österreich sowohl unter dem Eurozonen- als auch dem EU-27-Schnitt und erreicht nur Rang 23 aller Mitgliedsländer. Wie in den Perioden 2013 bis 2017 und 2018 bis 2022 bleibt Österreichs reales Wirtschaftswachstum damit abgeschlagen im hinteren EU-Mittelfeld.

Reales BIP-Wachstum, Veränderung ggü. Vorjahr in %



Malta verzeichnet 2024 das höchste Wirtschaftswachstum, während die Wirtschaft in Estland schrumpft

Entwicklung in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten

Nachdem die europäische Wirtschaft 2023 weitgehend stagnierte (EU-27- und Eurozone: +0,4 %), kommt es 2024 – auch getrieben durch den anhaltenden Inflationsrückgang – zu einer leichten Belebung (EU-27: +1 %, Eurozone: +0,8 %), wobei sich die europäischen Volkswirtschaften unterschiedlich entwickeln. Während Malta (+4,6 %), Kroatien (+3,3 %), Rumänien (+3,3 %), Zypern (+2,8 %) und Polen (+2,8 %) Wirtschaftswachstumsraten von knapp 3 % und mehr aufweisen, kämpfen heuer – neben Österreich – Schweden (+0,2 %), Deutschland (+0,1 %), Finnland (+0 %) und Estland (-0,5 %) mit wirtschaftlichen Stagnations- bzw. Rezessionsphasen. Lediglich sechs EU-Länder – Rumänien, Dänemark, Griechenland, Spanien, Italien und die Slowakei – weisen 2024 ein höheres Wirtschaftswachstum als in der Vergleichsperiode 2018 bis 2022 auf. Die restlichen Länder liegen zum Teil merklich darunter.

Potenzialwachstum

	Österreich	Eurozone	EU-27	Rang in der EU	Top 3
2024	0,8	1,2	1,4	24	MT, CY, HR
2023	1,0	1,4	1,5	25	MT, IE, HR
Ø 2018-2022	1,0	1,1	1,3	22	IE, MT, PL
Ø 2013-2017	1,1	1,0	1,2	17	IE, MT, PL

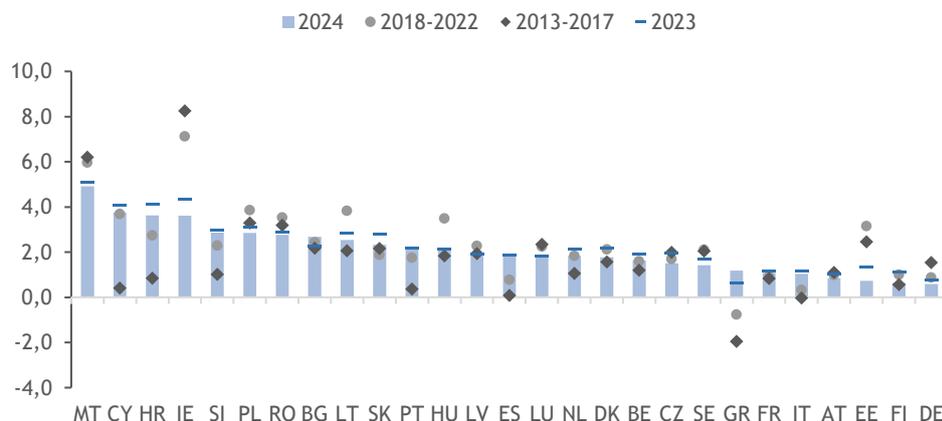
 **Rang 24**

beim Potenzialwachstum in der EU im Jahr 2024

Potenzielles, reales BIP-Wachstum, Veränderung ggü. Vorjahr in %

Das Potenzialwachstum beschreibt das BIP-Wachstum einer Volkswirtschaft bei normaler Auslastung seiner Produktionskapazitäten. Im Gegensatz dazu unterliegt das reale BIP-Wachstum stärker konjunkturellen Schwankungen. Das Potenzialwachstum wird durch angebotsseitige Faktoren wie u.a. Forschung, Innovation, Bildung, Investitionen oder das Arbeitskräfteangebot beeinflusst. Das österreichische Potenzialwachstum liegt 2024 sowohl unter dem Durchschnitt der Periode 2013 bis 2017 als auch jenem von 2018 bis 2022. Mit 0,8 % ist es heuer auch merklich geringer als der Eurozonen- und der EU-27-Schnitt.

Potenzielles, reales BIP-Wachstum, Veränderung ggü. Vorjahr



Länder mit einem ähnlichen Wohlstandsniveau wie Österreich weisen – mit Ausnahme Deutschlands – ein höheres Potenzialwachstum auf

Quelle: Europäische Kommission

Entwicklung in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten

In 15 der 27 EU-Länder liegt das Potenzialwachstum 2024 unter dem Durchschnitt der Periode 2018 bis 2022, zwei Mitgliedstaaten konnten das Niveau halten, die restlichen 10 – darunter Griechenland, Spanien, Kroatien, Italien und die Slowakei – erreichen ein höheres Potenzialwachstum relativ zur Vergleichsperiode. In keinem EU-Land ist das Potenzialwachstum 2024 negativ. Unter den Ländern mit einem ähnlichen Wohlstandsniveau wie Österreich wird heuer für Dänemark, die Niederlande, Belgien und Schweden ein höheres Potenzialwachstum prognostiziert, lediglich Deutschland liegt hinter der heimischen Wachstumsrate.

Inlandsnachfrage

	Österreich	Eurozone	EU-27	Rang in der EU	Top 3
2024	0,2	0,9	1,1	27	RO, MT, HR
2023	-0,9	0,7	0,8	22	CY, RO, HR
Ø 2018-2022	1,1	1,2	1,4	23	MT, EE, HU
Ø 2013-2017	1,2	1,4	1,6	21	IE, MT, HU

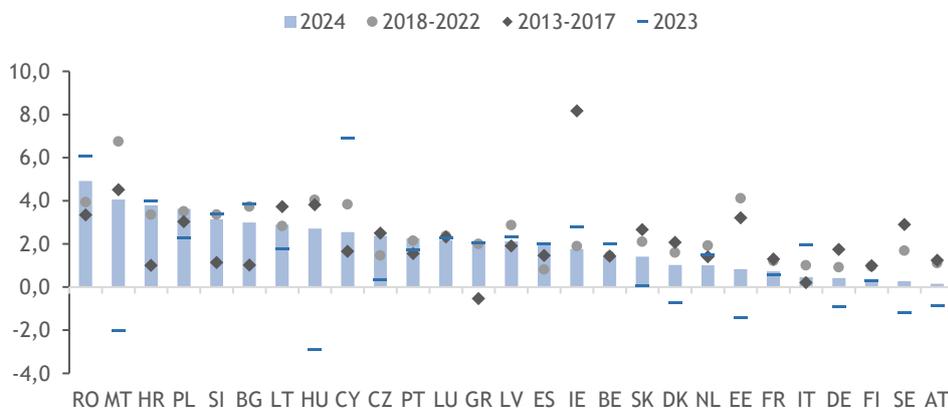
 **Rang 27**

beim Anstieg der Inlandsnachfrage in der EU im Jahr 2023

Inlandsnachfrage, Veränderung ggü. Vorjahr in %

Eine stabile Inlandsnachfrage kann wichtige Wachstumsimpulse setzen und globale Konjunkturabschwächungen abfedern, was besonders während Perioden schwacher Auslandsnachfrage wichtig ist. Zwar wächst 2024 die österreichische Inlandsnachfrage – nach einer Abnahme im Vorjahr – mit 0,2 % wieder leicht. Im EU-Vergleich ist das jedoch die niedrigste Steigerungsrate (0,7 Prozentpunkte unter dem Eurozonen- und 0,9 Prozentpunkte unter dem EU-27-Schnitt). Die Inlandsnachfrage liefert heuer also nur geringe Wachstumsimpulse. Hauptgrund für diese schwache Entwicklung ist die sinkende Nachfrage nach Investitionsgütern, bedingt durch die Schwäche von Bau und Industrie. Auch die öffentliche Konsum- und Investitionsnachfrage stagniert 2024, lediglich der private Konsum – welcher 2024 um 1,3 % steigt – beeinflusst die Inlandsnachfrage merklich positiv.

Inlandsnachfrage, Veränderung ggü. Vorjahr in %



Insbesondere EU-Länder, die seit 2004 der Union beigetreten sind, weisen 2024 robuste Wachstumsraten auf

Quelle: Europäische Kommission

Entwicklung in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten

Die Inlandsnachfrage steigt 2024 in sämtlichen EU-Mitgliedstaaten, bei rund der Hälfte der Länder jedoch geringer oder stagnierend im Vorjahresvergleich. Die dynamischsten Inlandsnachfrageentwicklungen mit 3 % oder mehr weisen Mitgliedstaaten auf, die seit 2004 der Union beigetreten sind, darunter Rumänien (+4,9 %), Malta (+4,1 %), Kroatien (+3,8 %), Polen (+3,6 %), Slowenien (+3,1 %) oder Bulgarien (+3 %). Jene Mitgliedstaaten mit den geringsten Steigerungsraten von unter 1 % befinden sich großteils in Mittel- und Nordeuropa. Dazu zählen – neben Österreich – Schweden (+0,3 %), Finnland (+0,3 %), Deutschland (+0,4 %), Italien (+0,5 %) und Frankreich (+0,7 %). Acht EU-Staaten verzeichnen 2024 höhere Inlandsnachfragewachstumsraten als im Periodendurchschnitt 2018 bis 2022.



Wettbewerbsfähigkeit

Schlusslicht bei Investitionen. Fünfhöchste Lohnstückkostensteigerung. Exporte entwickeln sich schlechter als der EU-27-Schnitt. Stark bei F&E-Ausgaben.

Investitionen

	Österreich	Eurozone	EU-27	Rang in der EU	Top 3
2024	-2,2	0,1	0,3	27	RO, GR, MT
2023	-2,4	1,2	1,5	22	CY, RO, PL
Ø 2018-2022	1,8	1,9	2,2	19	MT, EE, LT
Ø 2013-2017	2,4	2,3	2,5	16	IE, MT, CY

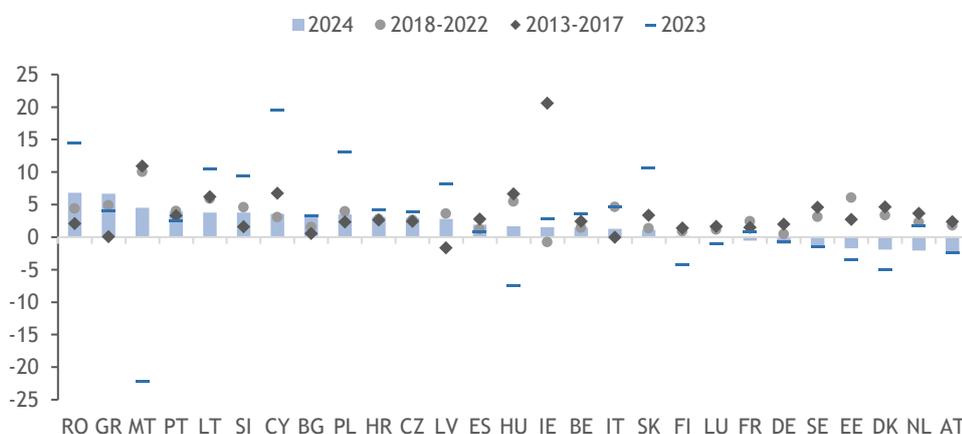
 **Rang 27**

beim Anstieg der Investitionen in der EU im Jahr 2024

Bruttoanlageinvestitionen, real, Veränderung ggü. Vorjahr in %

Die heimischen Bruttoanlageinvestitionen sinken heuer laut EK-Prognose um 2,2 %, nachdem bereits 2023 ein Rückgang zu beobachten war. Während die öffentlichen Investitionen konstant bleiben, erleiden die Ausrüstungsinvestitionen mit 6,7 % einen massiven Einbruch, auch die Bauinvestitionen sollen heuer – nach minus 5,9 % im Vorjahr – um weitere 2,5 % sinken. Das Resultat sind negative Wachstumswirkungen auf das BIP, eine im Eurozonen- und EU-27-Schnitt deutlich unterdurchschnittliche Performance und der 27. Und somit letzte Platz im EU-Vergleich. Bereits im Vergleichszeitraum 2018 bis 2022 stiegen die heimischen Bruttoanlageinvestitionen im Schnitt weniger stark als im Eurozonen- und EU-27-Schnitt. Ausreichend (Neu-)Investitionen sind wesentlich für die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes und sichern Arbeitsplätze und den künftigen Wohlstand.

Bruttoinvestitionen, real, Veränderung ggü. Vorjahr in %



Bei der überwiegenden Mehrzahl der EU-Länder steigen die Investitionen 2024, dennoch weisen heuer lediglich acht Mitgliedsländer ein höheres Investitionswachstum als im Schnitt der Periode 2018-2022 auf

Quelle: Europäische Kommission

Entwicklung in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten

Trotz einer nachlassenden Investitionsdynamik auf EU-Ebene steigen – im Gegensatz zu Österreich – bei der überwiegenden Mehrzahl der EU-Länder 2024 die Bruttoinvestitionen relativ zum Vorjahr. Besonders positiv wird die Entwicklung in Rumänien (+6,8 %), Griechenland (+6,7 %) und Malta (+4,5 %) erwartet. Reduktionen der realen Bruttoanlageinvestitionen finden neben Österreich wiederum insbesondere in mittel- und nordeuropäischen Mitgliedstaaten statt, dazu zählen u.a. die Niederlande (-2,1 %), Dänemark (-1,9 %), Schweden (-1,4 %), Deutschland (-1 %) und Frankreich (-0,5 %). Im Jahr 2024 verzeichnen lediglich acht EU-Länder ein höheres Bruttoinvestitionswachstum als im Schnitt der Jahre 2018 bis 2022.

Exporte

	Österreich	Eurozone	EU-27	Rang in der EU	Top 3
2024	1,2	0,9	1,4	21	DK, SK, MT
2023	-0,2	-1,1	-0,2	12	DK, MT, PT
Ø 2018-2022	3,5	3,0	3,2	15	IE, CY, LT
Ø 2013-2017	2,9	4,3	4,5	25	IE, RO, MT

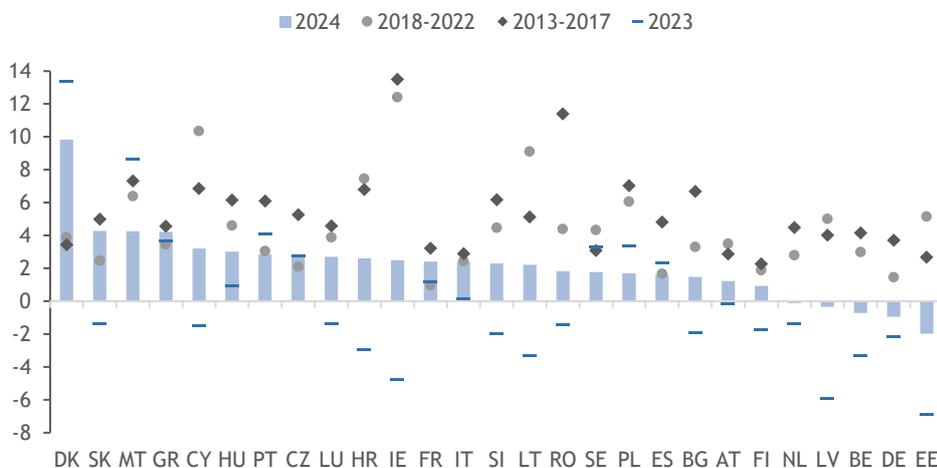
 **Rang 21**

beim Anstieg der Exporte in der EU im Jahr 2024

Exporte (Waren und Dienstleistungen), real, Veränderung ggü. Vorjahr in %

Nach dem Minus im Vorjahr können die realen Exporte aus Österreich (Waren und Dienstleistungen) heuer mit 1,2 % voraussichtlich stärker als die Gesamtwirtschaft (+0,3 %) zulegen. Das generiert positive Wachstumsimpulse. Laut Wifo wirken insbesondere die Reiseverkehrsexporte (Tourismus) stützend. Zwar liegt die heimische Exportentwicklung über jener der Eurozone (+0,9 %), jedoch unter jener der EU-27 (+1,4 %). Im EU-Ländervergleich reicht es 2024 dennoch mit Rang 21 nur für eine Platzierung im hinteren Mittelfeld. Das heurige Exportwachstum liegt merklich unter dem jährlichen Durchschnitt der Jahre 2013 bis 2017 sowie 2018 bis 2022.

Exporte (Waren und Dienstleistungen, real, Veränderung ggü. Vorjahr in %)



Die Exportentwicklung verbessert sich 2024 bei 20 EU-Ländern, dennoch kommt es bei einigen zu Reduktionen. Die durchschnittlichen jährlichen Wachstumsraten der Periode 2018-2022 werden großteils nicht erreicht

Quelle: Europäische Kommission

Entwicklung in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten

Die Exportentwicklung verbessert sich 2024 in 20 Mitgliedstaaten zum Teil merklich, dennoch kommt es voraussichtlich in fünf Ländern zu einer Abnahme der Ausfuhren im Vergleich zum Vorjahr (Estland, Deutschland, Belgien, Lettland, Niederlande). Mit 9,8 % erreicht Dänemark eine besonders hohe Wachstumsrate, gefolgt von der Slowakei, Malta und Griechenland. Von den großen Mitgliedsländern entwickeln sich insbesondere die Exporte Frankreichs und Italiens überdurchschnittlich. Der Großteil der EU-Länder erreicht 2024 nicht die durchschnittlichen jährlichen Exportsteigerungsraten der Periode 2018 bis 2022.

Lohnstückkosten

	Österreich	Eurozone	EU-27	Rang in der EU	Top 3
2024	7,2	4,1	4,3	23	MT, DK, FI
2023	9,7	6,2	6,6	16	DK, MT, IT
Ø 2018-2022	3,0	2,3	2,4	14	IE, GR, CY
Ø 2013-2017	1,8	0,7	0,7	19	IE, CY, GR

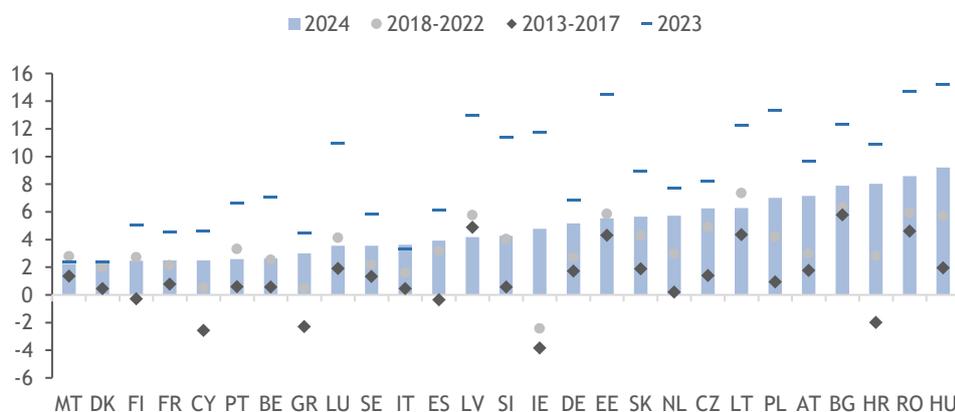
 **Rang 23**

bei der Entwicklung der Lohnstückkosten in der EU im Jahr 2024

Nominelle Lohnstückkosten, Veränderung ggü. Vorjahr in %

Die Lohnstückkosten setzen die Arbeitskosten in Relation zur Produktivität und sind für ein exportorientiertes Land wie Österreich ein wichtiger Indikator für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit. Sie sollen in Österreich – nach 2023 – auch heuer mit 7,2 % merklich stärker als im EU-27-Durchschnitt (+4,3 %) steigen, nachdem sie sich im Periodenschnitt 2018 bis 2022 im europäischen Vergleich ebenfalls überdurchschnittlich (3 %) erhöht haben. Der starke Anstieg der Lohnstückkosten wird maßgeblich durch die Inflation getrieben. Das schwächt Wachstumsimpulse aus dem Export. Aufgrund der weiterhin überdurchschnittlichen Preisdynamik ist in den nächsten Jahren mit keiner merkbaren Verbesserung relativ zu den anderen EU-Mitgliedstaaten zu rechnen.

Nominelle Lohnstückkosten, Veränderung ggü. Vorjahr in %



Mitgliedstaaten mit hoher Inflationsdynamik verlieren durch eine tendenziell höhere Lohnstückkostendynamik stärker an preislicher Wettbewerbsfähigkeit

Quelle: Europäische Kommission

Entwicklung in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten

Die durchschnittlichen jährlichen Anstiege der Lohnstückkosten waren in der EU von 2018 bis 2022 höher als in der Periode 2013 bis 2017. In allen Mitgliedstaaten setzt sich der Anstieg heuer fort; getrieben von der dynamischen Inflationsentwicklung der letzten Jahre. Dabei ist die Bandbreite der Steigerungsraten groß. Während für EU-Länder mit geringerer Preisdynamik in den Jahren 2023/2024 eher moderate Erhöhungen von bis zu 2 % prognostiziert werden, verzeichnen Länder mit überdurchschnittlichen Inflationsentwicklungen im vorigen und heurigen Jahr merkbar stärkere Steigerungen bei den Lohnstückkosten von über 6 %. Dazu zählen neben Österreich u.a. Ungarn, Rumänien, Polen, Tschechien und Kroatien.

F&E-Quote

	Österreich	Eurozone	EU-27	Rang in der EU	Top 3
2022	3,2	2,3	2,2	3	BE, SE, AT
2021	3,3	2,3	2,3	3	SE, BE, AT
Ø 2018-2022	3,2	2,3	2,2	3	SE, BE, AT
Ø 2013-2017	3,1	2,1	2,1	2	SE, AT, DK

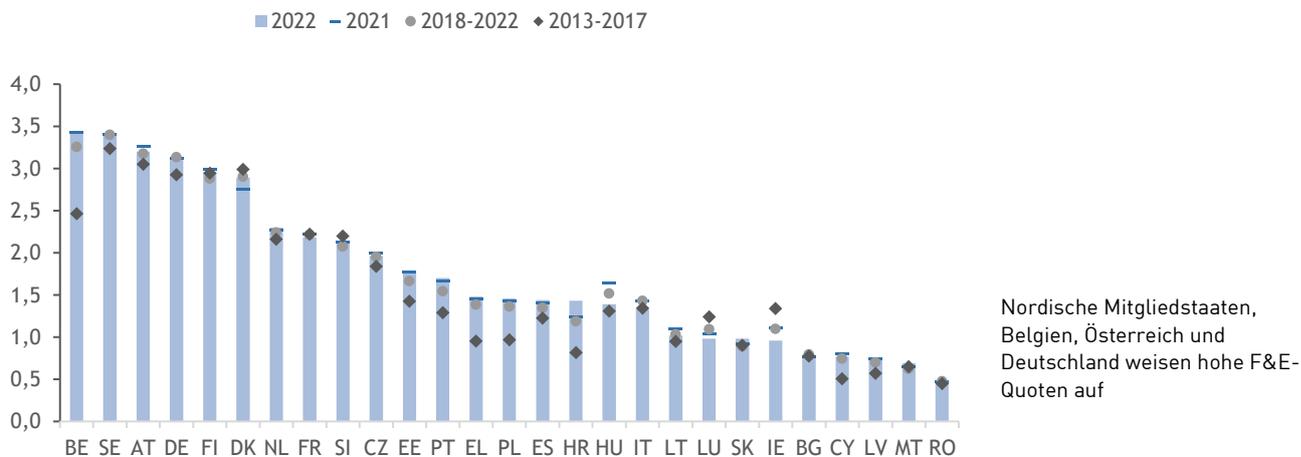
 **Rang 3**

bei der F&E-Quotenhöhe in der EU im Jahr 2022

F&E Ausgaben, in % vom BIP

Investitionen in Forschung und Entwicklung sind eine Grundvoraussetzung für die Innovationsfähigkeit eines Landes und für die Sicherung der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit. Die F&E-Quote gilt dabei als ein international etablierter Input-Indikator zur Darstellung der Leistungsfähigkeit eines Landes in diesem Bereich. Österreich liegt mit einer F&E-Quote von 3,2 % des BIP in den Top-3 Ländern der EU und somit deutlich über dem Eurozonen- und EU-27-Schnitt. Gegenüber der Periode 2018 bis 2022 kam es zu einer Stagnation der heimischen Ausgaben gemessen am BIP.

F&E Quote, in % vom BIP



Nordische Mitgliedstaaten, Belgien, Österreich und Deutschland weisen hohe F&E-Quoten auf

Quelle: Eurostat.

Entwicklung in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten

Insbesondere nordischen Staaten sowie Deutschland und Belgien weisen mit über 3 % des BIP die höchsten Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf. Die Mehrheit der EU-Länder erhöhte ihre F&E-Ausgaben relativ zum Periodenschnitt 2018 bis 2022, wobei es, gemessen am BIP, in Kroatien (+0,24 %-Punkte), Belgien (+0,17 %-Punkte), Portugal (+0,15 %-Punkte) und Estland (+0,11 %-Punkte) die stärksten Steigerungen gab. Nennenswerte Ausgabenreduktionen – im Verhältnis zum BIP – zur Vergleichsperiode 2018 bis 2022 gibt es in Irland (-0,14 %-Punkte), Ungarn (-0,13 %) und Luxemburg (-0,12 %-Punkte). Österreichs F&E-Quote stagniert im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2018 bis 2022 (+0,02 %-Punkte).



Arbeitsmarkt

Arbeitslosenquote unter den Top-10. Bei Beschäftigungsentwicklung und -quote 2024 Mittelmaß. Drittschlechtester Wert beim Arbeitsproduktivitätswachstum.

Arbeitslosenrate

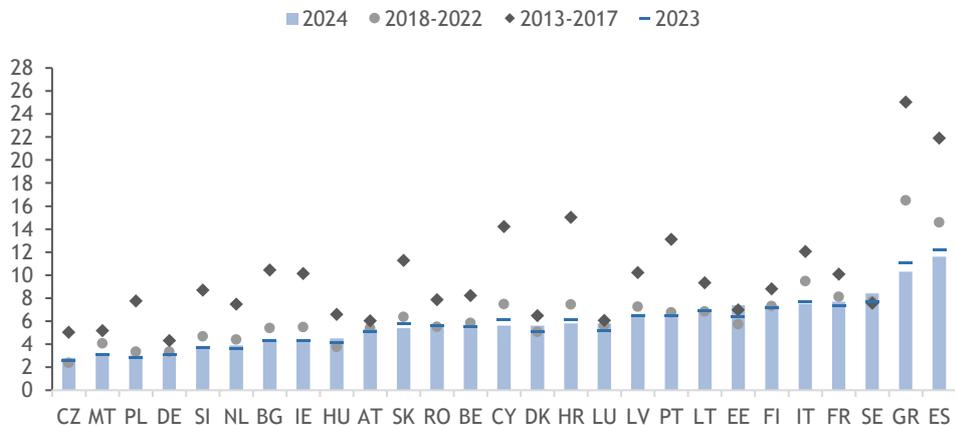
	Österreich	Eurozone	EU-27	Rang in der EU	Top 3
2024	5,3	6,6	6,1	10	CZ, MT, PL
2023	5,1	6,6	6,1	10	CZ, PL, DE
Ø 2018-2022	5,4	7,7	6,9	9	CZ, DE, PL
Ø 2013-2017	6,0	10,8	10,1	4	DE, CZ, MT

 **Rang 10**
bei der Arbeitslosenrate
in der EU im Jahr 2024

Arbeitslosenrate, in %

Österreichs Arbeitslosenrate liegt nach wie vor deutlich unter dem europäischen Schnitt, doch der Vorsprung im EU-Vergleich schrumpft. Lag Österreich in der Periode 2013 bis 2017 noch am 4. Rang, rutsche die heimische Arbeitslosenrate im Periodendurchschnitt 2018 bis 2022 auf Rang 9 ab. Laut EK-Prognose soll sie 2024 5,3 % betragen – Österreich liegt damit zwar weiterhin merklich unter dem Eurozonen- und EU-27-Schnitt, stagniert jedoch auf Rang 10. Ungeachtet der aktuellen wirtschaftlichen Situation stellt der Arbeits- und Fachkräftemangel ein wachsendes Risiko für den Wirtschaftsstandort und den künftigen Wohlstand Österreichs dar: 2024 ist die heimische Arbeitslosenrate geringer als im Schnitt der Periode 2013 bis 2017, welche ein deutlich höheres durchschnittliches Wirtschaftswachstum aufwies.

Arbeitslosenrate, in %



Die Arbeitslosigkeit stagniert 2024 in der EU - mit anhaltenden Unterschieden zwischen den Mitgliedsstaaten

Quelle: Europäische Kommission

Entwicklung in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten

In der gesamten EU soll die Arbeitslosigkeit laut EK-Prognose 2024 bei 6,1 % stagnieren, allerdings mit anhaltenden Unterschieden zwischen den Mitgliedstaaten. Besonders niedrig werden die Raten in den Ländern Mitteleuropas (Tschechien, Deutschland, Polen, Slowenien, Niederlande) erwartet. Demgegenüber verzeichnen die südlichen Mitgliedstaaten Griechenland und Spanien die höchsten Arbeitslosenraten. Obwohl die Eurozone eine höhere Arbeitslosenrate als die EU-27 aufweist, verringert sich die Diskrepanz der Arbeitslosenrate zwischen der Eurozone und der EU-27 2024 – relativ zur Periode 2018 bis 2022 – marginal auf 0,5 Prozentpunkte.

Beschäftigung

	Österreich	Eurozone	EU-27	Rang in der EU	Top 3
2024	0,4	0,7	0,6	13	MT, IE, EE
2023	0,9	1,4	1,2	17	MT, ES, HR
Ø 2018-2022	1,1	1,0	1,0	15	MT, IE, LU
Ø 2013-2017	1,0	0,8	0,9	15	MT, IE, HU

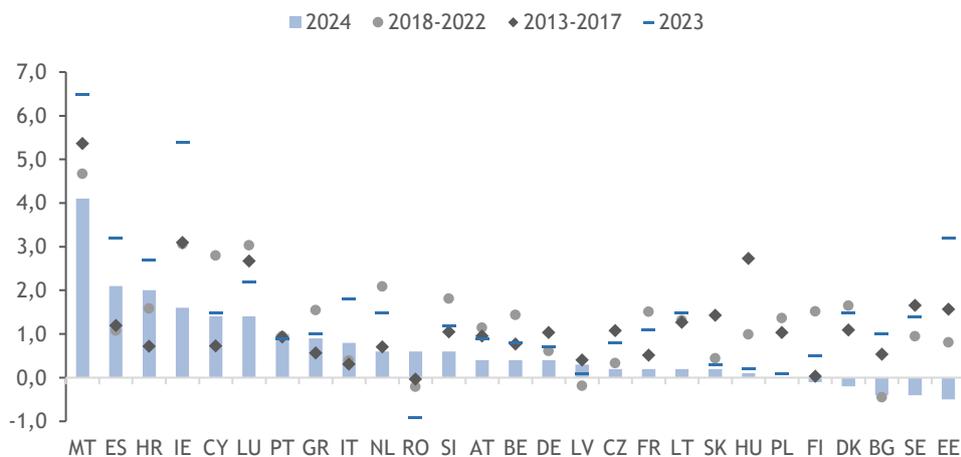
 **Rang 13**

beim Beschäftigungswachstum in der EU im Jahr 2024

Erwerbstätige, Veränderungsrate ggü. Vorjahr in %

2024 steigt die Anzahl der Beschäftigten in Österreich um 0,4% und liegt damit unter dem Eurozonen- und EU-27-Schnitt. Das ergibt EU-weit Rang 13. Im Vergleich zu anderen Mitgliedstaaten ist die Beschäftigungsentwicklung in Österreich konstanter: Während die Beschäftigtenstände in den Krisenjahren eher gehalten oder ausgebaut wurden, stiegen sie in Wachstumsphasen weniger stark als in anderen Ländern. Der demografische Wandel und die damit einhergehende Arbeitsangebotsverknappung in den nächsten Jahren stellen große Herausforderungen für den Wirtschaftsstandort und den künftigen Wohlstand Österreichs dar.

Anzahl der Beschäftigten, Veränderung ggü. Vorjahr in %



Trotz der aktuellen wirtschaftlichen Schwäche wächst die Beschäftigung großteils, wenn auch länderspezifisch unterschiedlich. Insgesamt sinkt die Wachstumsdynamik

Quelle: Europäische Kommission

Entwicklung in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten

Bis auf Polen, Finnland, Dänemark, Bulgarien, Schweden und Estland soll die Beschäftigung im Jahr 2024 in allen EU-Ländern wachsen, was auf robuste europäische Arbeitsmärkte hindeutet. Relativ zu 2023 schwächt sich die Dynamik mit einer Ausnahme (Portugal) in allen EU-Ländern ab. Positive Entwicklungen – mit einem Beschäftigungswachstum von über 2% – sind in Malta (4,1%), Luxemburg (2,1%) und Kroatien (2%) zu beobachten. Relativ zum Periodenschnitt 2018 bis 2022 wird heuer für 20 der 27 EU-Mitgliedstaaten ein geringeres Beschäftigungswachstum erwartet.

Beschäftigungsquote

	Österreich	Eurozone	EU-27	Rang in der EU	Top 3
2024	76,5	75,7	75,3	14	NL, DE, DK
2023	76,3	75,3	75,0	14	NL, DE, DK
Ø 2018-2022	74,6	73,0	72,7	14	NL, DE, DK
Ø 2013-2017	72,6	68,9	68,4	9	DE, NL, SE

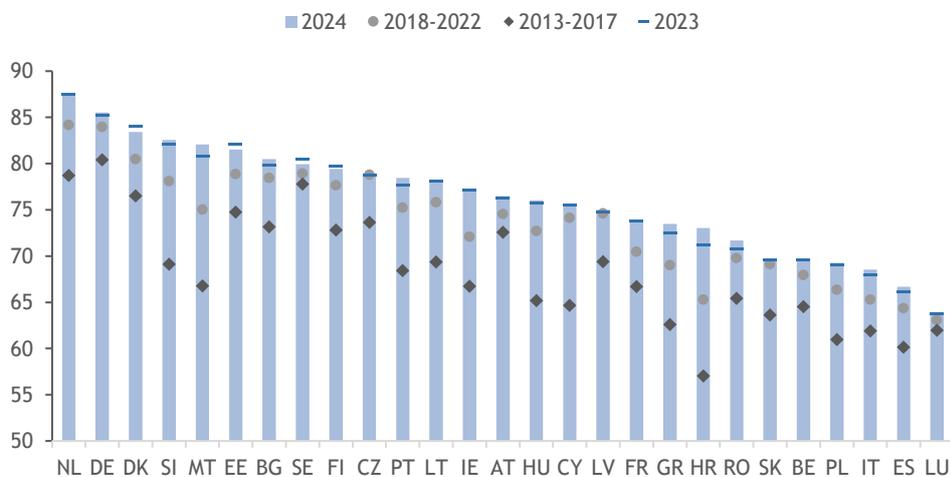
 **Rang 14**

bei der Beschäftigtenquote
in der EU im Jahr 2024

Anteil der Beschäftigten an der Bevölkerung zwischen 15 und 64 in %

Die Beschäftigungsquote ist ein Indikator dafür, wie gut eine Volkswirtschaft das ihr zur Verfügung stehende Arbeitskräftepotenzial nutzt. Sie gibt an, welcher Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter (15 – 64 Jahre) in Beschäftigung ist. Österreichs Beschäftigungsquote steigt 2024 relativ zum Vorjahr leicht auf 76,5 %, liegt im EU-Vergleich auf Rang 14 und damit rund einen Prozentpunkt über dem Eurozonen- und EU-27-Schnitt. In der Periode 2013 und 2017 lag Österreich noch auf Rang 9, in den Jahren 2018 bis 2022 rutschte die Quote auf den aktuellen 14. Rang ab. Bei der Interpretation der Zahlen ist jedoch die hohe und steigende heimische Teilzeitquote zu berücksichtigen: Lediglich die Niederlande (43,4 %) übertreffen Österreich mit 30,5 % im Jahr 2022 ([Statistik Austria](#)).

Anteil der Beschäftigten an der Bevölkerung zwischen 15 und 64 in %



Die Beschäftigungsquoten steigen seit Jahren zum Teil stark an. Österreich kann sich im EU-Vergleich heuer nicht verbessern

Quelle: Europäische Kommission

Entwicklung in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten

Die Beschäftigungsquote liegt 2024 im Eurozonenschnitt bei 75,7 % und im EU-27-Durchschnitt bei 75,3 %, wobei zwischen den Mitgliedstaaten große Unterschiede vorherrschen. Am höchsten ist die Beschäftigungsquote in den Niederlanden (87,5 %), gefolgt von Deutschland (85,5 %) und Dänemark (82,9 %). In allen EU-Ländern ist die Beschäftigungsquote relativ zur Periode 2018 bis 2022 – teilweise stark – gestiegen, wobei Österreich mit einem Anstieg vom 1,9 Prozentpunkten unter dem EU-27-Schnitt von 2,6 Prozentpunkten liegt.

Arbeitsproduktivität

	Österreich	Eurozone	EU-27	Rang in der EU	Top 3
2024	-0,1	0,1	0,5	25	PL, DK, RO
2023	-1,7	-1,0	-0,7	23	RO, PT, SK
Ø 2018-2022	0,1	0,2	0,5	21	IE, RO, BG
Ø 2013-2017	0,2	0,7	0,8	24	IE, RO, PL

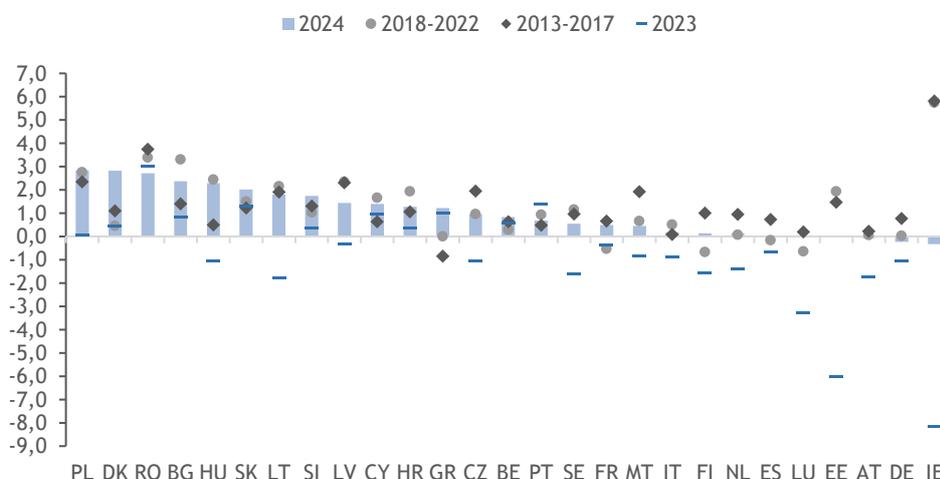
 **Rang 25**

beim Wachstum der Arbeitsproduktivität in der EU im Jahr 2024

Produktivität pro Beschäftigtem, Veränderung ggü. Vorjahr in %

Nach einem deutlichen Rückgang der Arbeitsproduktivität pro erwerbstätiger Person im Vorjahr erwartet die EK für Österreich heuer eine marginale Verschlechterung (-0,1 %). Im Gegensatz dazu steigt heuer die Arbeitsproduktivität im Eurozonen- und EU-27-Schnitt um 0,1 % bzw. 0,5 % zumindest geringfügig. Somit fällt Österreich 2024 im Ländervergleich auf Rang 25 zurück. Schon im Durchschnitt der Jahre 2013 bis 2017 (+0,2 %) sowie 2018 bis 2022 (0,1 %) ist die Arbeitsproduktivität in Österreich stagniert bzw. nur sehr verhalten gewachsen. Produktivitätswachstum ist jedoch nötig, um langfristig nachhaltige Lohnsteigerungen zu ermöglichen, ohne die preisliche Wettbewerbsfähigkeit zu beeinträchtigen.

Produktivität pro Beschäftigtem, Veränderung ggü. Vorjahr in %



Im Großteil der EU-Länder wird 2024 im Gegensatz zu Österreich ein Wachstum der Arbeitsproduktivität erwartet

Quelle: Europäische Kommission

Entwicklung in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten

2023 ist die Arbeitsproduktivität im EU-27-Schnitt um -0,7 % gesunken und soll 2024 mit 0,5 % wieder wachsen. Eine idente Entwicklung wird für den Eurozonenchnitt vorhergesagt. Hohe Steigerungsraten werden insbesondere in den südöstlichen Mitgliedstaaten (Polen, Rumänien, Bulgarien und Ungarn), aber auch Dänemark erwartet, während Rückgänge lediglich in drei Ländern (Österreich, Deutschland und Irland) prognostiziert werden. Im Vergleich zu den meisten anderen EU-Mitgliedstaaten ist in Österreich die Steigerung der Arbeitsproduktivität in den letzten 10 Jahre schwächer ausgefallen.



Öffentliche Finanzen

**Schulden und Defizit stagnieren auf hohem Niveau.
Schuldenstand, Zinswende und Transformations-
herausforderungen erfordern strukturelle Reformen.**

Öffentliche Verschuldung

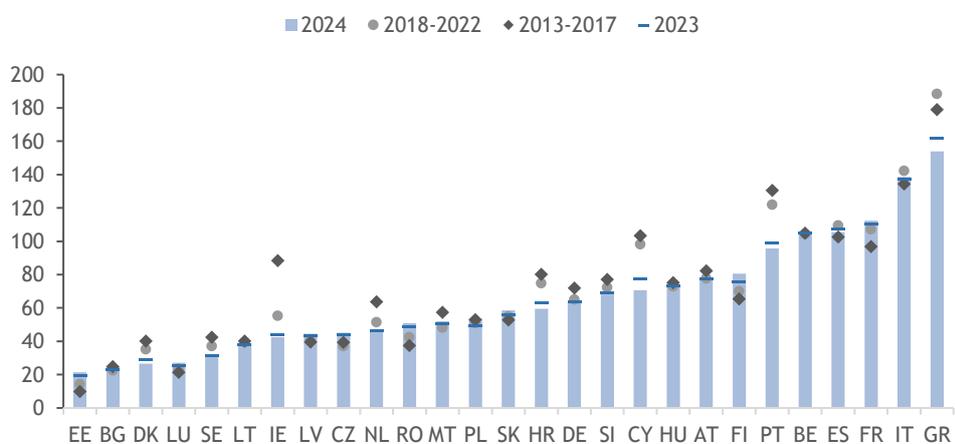
	Österreich	Eurozone	EU-27	Rang in der EU	Top 3
2024	77,7	90,0	82,9	20	EE, BG, DK
2023	77,8	90,0	82,9	21	EE, BG, LU
Ø 2018-2022	77,7	92,5	85,3	20	EE, BG, LU
Ø 2013-2017	82,3	93,6	87,1	19	EE, LU, BG

Rang 20
bei der Staatsschulden-
quotenhöhe
in der EU im Jahr 2024

Schuldenstand des Gesamtstaates in % des BIP

Österreich hat 2024 mit 77,7 % des BIP die achthöchste Staatsverschuldung innerhalb der EU-27 und liegt damit auf Rang 20. Dies entspricht dem langjährigen Schnitt. Durch die Maßnahmen zur Bekämpfung der Auswirkungen der Covid-19- und Energiepreiskrise in den letzten Jahren liegt die heimische Staatsschuldensquote um 7,1 Prozentpunkte über dem Vorkrisenjahr 2019, jedoch unter der durch die Finanz- und Staatsschuldenkrise beeinflussten Durchschnittverschuldung der Periode 2013 bis 2017. Österreichs Staatsschuldensquote ist weiterhin geringer als der Eurozonen- und EU-27-Schnitt. Das maximale Verschuldungsziel des EU-Stabilitäts- und Wachstumspakts von maximal 60 % verfehlt Österreich jedoch weiterhin klar.

Schuldenstand des Gesamtstaates in % des BIP



Mehr als die Hälfte der EU-Länder erfüllen die Maastricht-Grenze von 60 % des BIP, Österreich hat diesen Wert seit dem EU-Beitritt 1995 noch nie erreicht

Quelle: Europäische Kommission

Entwicklung in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten

Der Höhepunkt des Schuldenstands wurde im EU-27-Durchschnitt 2020 – mit 91,7 % des BIP - erreicht, heuer soll die Staatsschuldensquote 82,9 % betragen. Die Schuldenstände der Mitgliedsländer, gemessen am BIP, sind nach wie vor sehr unterschiedlich: Niedrige Schuldenstände haben insbesondere die osteuropäischen und baltischen Länder sowie Luxemburg, Dänemark und Schweden. Von den fünf Staaten mit einer Staatsschuldensquote von über 100 % des BIP konnten drei – Griechenland, Spanien und Italien – ihre Staatsschuldensquote 2024 relativ zum Durchschnitt der Periode 2018 bis 2022 reduzieren. 15 von 28 Länder halten 2024 die Maastricht-Grenze einer Staatsschuldensquote von 60 % des BIP ein.

Pro-Kopf-Schulden

	Österreich	Eurozone	EU-27	Rang in der EU	Top 3
2024	42 267,5	38 208,5	32 495,3	24	BG, EE, RO
2023	40 631,5	36 904,8	31 226,6	23	BG, EE, RO
Ø 2018-2022	35 080,3	32 612,3	27 262,0	23	BG, EE, RO
Ø 2013-2017	32 911,1	28 841,8	23 945,5	24	EE, BG, RO

 **Rang 24**

bei den Pro-Kopf-Schulden in der EU im Jahr 2024

Öffentliche Verschuldung pro Einwohner in Euro

Gemessen an den nominellen Schulden pro Kopf nimmt Österreich eine schlechtere Position im europäischen Vergleich ein als beim öffentlichen Schuldenstand in % des BIP. Die nominale öffentliche Verschuldung pro Kopf soll 2024 mit über 42.000 Euro den bisherigen Höhepunkt erreichen. Die heimischen Schulden pro Kopf liegen damit deutlich über dem Eurozonen- und EU-27-Schnitt an viertletzter Stelle, was der langjährigen Situation entspricht.

Öffentliche Verschuldung pro Einwohner in Euro



Die Eurozone hat höhere Pro-Kopf-Schulden als die EU-27. Griechenland, Spanien und Portugal haben 2023 niedrigere Pro-Kopf-Schulden als Österreich

Quelle: Europäische Kommission

Entwicklung in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten

Die nominellen Schulden gemessen an Köpfen lag sowohl in der Vergangenheit als auch heuer im Eurozonen Durchschnitt (2024: 38.209 Euro) höher als im Durchschnitt der EU-27-Länder (2024: 32.495 Euro). Bei den für 2024 erwarteten Schulden pro Kopf reicht die Spanne in der EU von 3.835 Euro in Bulgarien bis 53.999 Euro in Belgien. Große EU-Länder wie Italien, Frankreich, Deutschland oder Spanien haben einen viel höheren Schuldenstand pro Kopf als Länder wie Bulgarien, Rumänien oder die baltischen Staaten. Griechenland liegt bei der öffentlichen Verschuldung pro Einwohner an siebtletzter Stelle in der EU und somit um drei Ränge vor Österreich.

Zinslast

	Österreich	Eurozone	EU-27	Rang in der EU	Top 3
2024	1,4	1,9	1,8	14	LU, EE, BG
2023	1,2	1,7	1,7	14	LU, EE, BG
Ø 2018-2022	1,3	1,6	1,5	15	EE, LU, SE
Ø 2013-2017	2,3	2,4	2,2	16	EE, LU, SE

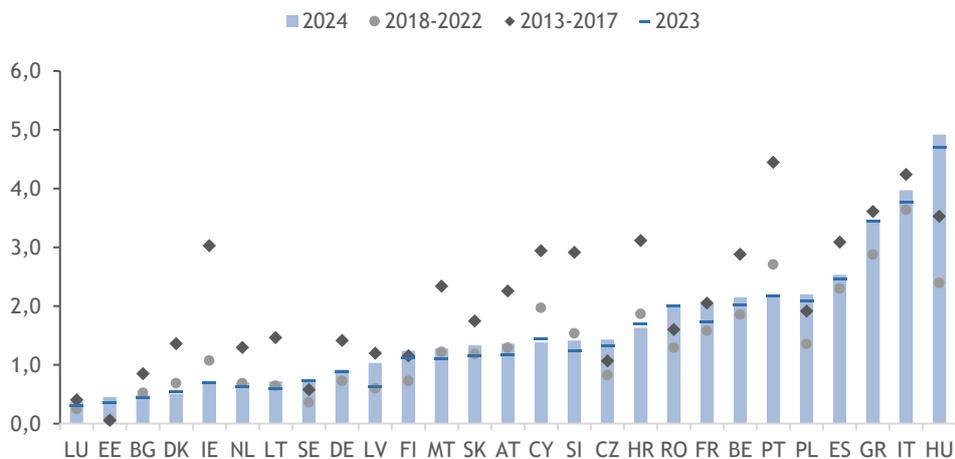
 Rang 14

bei den Zinszahlungen gemessen am BIP in der EU im Jahr 2024

Zinszahlungen des Gesamtstaats in % des BIP

Aufgrund der Staatsverschuldung verbuchte Österreich im Jahr 2023 Zinszahlungen in Höhe von 1,2 % des BIP. Durch die gestiegene nominelle Staatsverschuldung sowie die höhere Zinslast neu emittierter Schuldverschreibungen steigen die heimischen Ausgaben 2024 auf 1,4 % des BIP. Dies entspricht rund 7,5 Mrd. Euro⁴, Tendenz steigend. Obwohl die Zinslast, gemessen an der Wirtschaftsleistung, historisch gesehen noch unterdurchschnittlich ist, sind die Kosten der Zinszahlungen erheblich. Zum Vergleich: Österreich gibt laut [Budgetunterlagen](#) im Jahr 2024 rund 6,4 Mrd. Euro für Wissenschaft und Forschung aus.

Zinszahlungen des Gesamtstaats in % des BIP



Die Trendumkehr bei den Zinszahlungen ist bereits erkennbar: 21 EU-Länder weisen 2024 höhere Zinszahlungen gemessen am BIP auf als im Durchschnitt der Jahre 2018 bis 2022

Quelle: Europäische Kommission

Entwicklung in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten

Die EU hat in den letzten Jahren vom Niedrigzinsumfeld, das bis 2021 bestanden hat, profitiert. Durch dieses ist die Zinslast in Prozent des BIP seit 2012 trotz kontinuierlich steigender nomineller Staatsschulden gesunken. Aktuell findet jedoch eine Trendumkehr statt. Die Zinslast in Prozent des BIP erhöht sich 2024 im Eurozonen- und EU-27-Schnitt weiter und liegt bereits über dem Durchschnitt der Periode 2018 bis 2022 auf, wofür 21 der 27 Mitgliedstaaten verantwortlich sind.

⁴ Bei einem nominellen BIP von rund 533 Mrd. Euro im Jahr 2024 gemäß [BMF](#).

Strukturelles Defizit

	Österreich	Eurozone	EU-27	Rang in der EU	Top 3
2024	-2,5	-2,7	-2,7	15	DK, CY, IE
2023	-2,4	-3,6	-3,5	16	DK, CY, IE
Ø 2018-2022	-3,0	-2,9	-2,7	16	DK, LU, SE
Ø 2013-2017	-0,8	-1,0	-1,0	12	GR, CY, LU

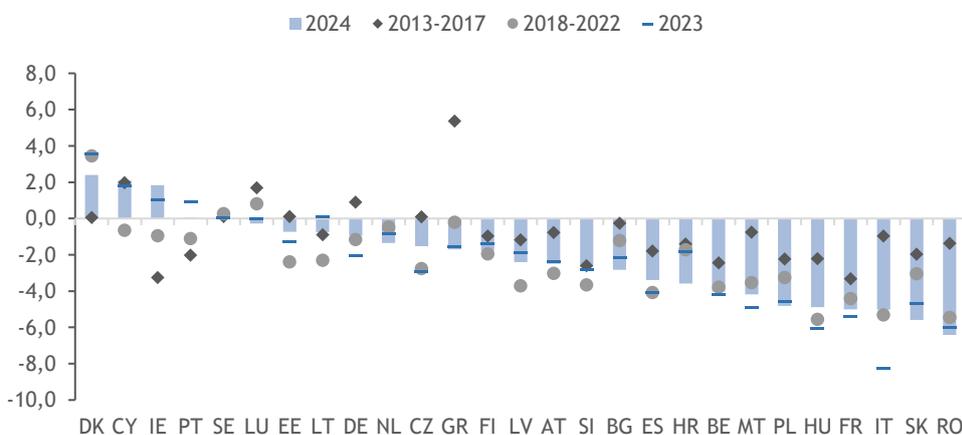
 **Rang 15**

beim strukturellen Defizit in der EU im Jahr 2024

Struktureller Budgetsaldo in % des BIP

Das strukturelle Defizit beschreibt jenen Teil des Budgetdefizits, der nicht auf konjunkturelle Schwankungen zurückzuführen ist und herangezogen wird, um die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen besser beurteilen zu können. Österreich liegt 2024 bei -2,5 % des BIP, was in etwa dem Wert von 2023 entspricht und geringer als die jährliche durchschnittliche strukturelle Neuverschuldung der durch die Covid-19-Pandemie und Energiepreiskrise beeinflussten Periode 2018 bis 2022 ist. Im EU-Vergleich liegt Österreich damit auf Rang 15 sowie leicht unter dem Eurozonen- und EU-27-Schnitt. Mittel- bis langfristig kann ein ausgeglichenes strukturelles Defizit und somit nachhaltige öffentliche Finanzen nur erreicht werden, wenn zukunftsorientierte Strukturreformen, welche die Effekte des demografischen Wandels abfedern und den ökologischen und digitalen Transformationsprozess ermöglichen, umgesetzt werden.

Struktureller Budgetsaldo in % des BIP



2024 weisen fünf EU-Länder strukturell ausgeglichene oder im Überschuss befindliche Staatsfinanzen auf

Quelle: Europäische Kommission

Entwicklung in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten

Auch aufgrund von Nachwehen der Energiepreiskrise weisen mit Ausnahme von Dänemark, Zypern, Irland, Portugal und Schweden sämtliche EU-Länder ein negatives strukturelles Defizit im Jahr 2024 auf. Innerhalb der strukturellen Defizitstaaten lässt sich jedoch eine hohe Streuung erkennen, wobei 8 Länder ein strukturelles Defizit bis 2 % des BIP, 7 Länder zwischen 2 % und 4 % des BIP sowie 7 Länder über 4 % des BIP aufweisen. Die höchsten strukturellen Defizite verzeichnen 2024 Frankreich, Italien, die Slowakei und Rumänien mit zumindest 5 % des BIP.

5 Zusammenfassung und Bewertung

Im letzten Jahr hatte Österreich weiterhin mit den negativen Effekten der Energiepreiskrise 2022 sowie den globalen wirtschaftlichen und geopolitischen Entwicklungen zu kämpfen. Die daraus folgende Rezession 2023 wird heuer in eine Stagnationsphase mit einem – im EU-Vergleich unterdurchschnittlichen – geringfügigen Wirtschaftswachstum übergehen. **2024 ist weiterhin von sinkenden Investitionen, steigenden Lohnstückkosten, einer Reduktion der Arbeitsproduktivität und einer merklich über dem EU-Schnitt liegenden Inflationsrate geprägt.** Zwar kam es beim Großteil der Indikatoren zu einer Verbesserung gegenüber dem Vorjahr, dies ändert aber nichts an dem Umstand, dass sich in Österreich rund zwei Drittel der betrachteten volkswirtschaftlichen Indikatoren schwächer entwickeln als im EU-27-Schnitt. **Der Wirtschaftsstandort Österreich steht somit im Vergleich zum Vorjahr nicht besser da.**

Die österreichische Wirtschaft hat beste Voraussetzungen, um den bisher geschaffenen Wohlstand auch langfristig absichern. Damit das gelingt, sind standortpolitische Belastungen einzudämmen. Folgenden Handlungsfeldern muss dabei besondere Beachtung geschenkt werden:

- Preisliche Wettbewerbsfähigkeit,
- eine vielfältige und differenzierte Wirtschaftsstruktur mit einem verstärkten Fokus auf Zukunftstechnologien,
- eine sinnvolle Einbindung in internationale Wertschöpfungsketten,
- eine starke Forschungs- und Entwicklungslandschaft,
- qualifizierte Fachkräfte und
- eine international anerkannte und konkurrenzfähige Industrie- und Tourismuswirtschaft

Fazit: Der heimische Wirtschaftsstandort kann sich im Vergleich zum Vorjahr nicht verbessern. Im Standort-Check 2024 belegt Österreich zwar bei drei Schlüsselindikatoren Top 10-Platzierungen (Arbeitslosenrate, BIP-Pro-Kopf sowie F&E-Quote) und verbessert sich im Vergleich zum Vorjahr bei zwei Drittel der Indikatoren. Dennoch können heuer die Durchschnittswerte der Periode 2018 bis 2022 großteils nicht erreicht werden. Über dem EU-Durchschnitt liegt Österreich nun nur mehr bei rund einem Drittel der berücksichtigten Indikatoren, im Standort-Check 2023 war dies noch bei rund der Hälfte der Fall. Eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik – und hier insbesondere auch Industriepolitik – muss strukturelle Reformen auf den Weg bringen, um den Standort langfristig abzusichern. Ziel muss es sein, die Herausforderungen des ökologischen und digitalen Wandels zu nutzen, um den heimischen Wirtschaftsstandort im Zuge der Transformationsphase an die europäische Spitze heranzuführen.